



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Gazeta "Volkswille. Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens"

Liczba stron oryginału

10

Liczba plików skanów

11

Liczba plików publikacji

11

Sygnatura/numer zespołu

TR 037.046

Data wydania oryginału

1927

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Politik-Blättern je mm 0,12 Zł. für die amgehaltene Seite, außerhalb 0,14 Zł. Anzeigen unter Text 0,50 Zł. von außerhalb 0,60 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljahrsrate vom 1. bis 30. 4. cr. 1,65 Zł., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zł. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Seatestraße 29, durch die Filiale Königschütt, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Seatestraße 29. (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto: F. R. L. Filiale Kattowitz, 303174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2037; für die Redaktion: Nr. 2004

Der dritte Parteitag der D. S. A. P.

Die Begrüßungsansprachen — Der Fortschritt der Organisation — Die politische Lage und die Aufgaben der D. S. A. P. — Organisations- und Agitationsfragen — Die Wahl des Parteivorstandes

Ausflug

Wir wollen gestehen, daß wir diesem Parteitag mit gemischten Gefühlen entgegenzogen, zumal seit der letzten Tagung in Bloitz sich Ereignisse abspielten, die keineswegs geeignet waren, uns Freude zu bereiten. War die letzte Tagung ausschließlich inneren Fragen gewidmet, so sollte der diesjährige Parteitag weitgehende Beschlüsse fassen, die die Partei zu befolgen hat, wenn sie den Wünschen des deutschen Proletariats Rechnung tragen soll. Bei oberflächlicher Betrachtung der Resultate werden es wohl kaum jemand befriedigen und es wird gewiß nicht an Kritikern fehlen, die uns nachsagen werden, daß die Tagung eigentlich überflüssig gewesen war. Nach dem Bericht des Parteitag scheint es fast so, denn niemand vermag die lebendigen Worte auf wenigen Seiten Druckpapier darzustellen, wie sie sich den Delegierten gezeigt haben. Nur wer tiefer in das Wesen der Berichte einzudringen vermag, wird die Arbeiten des diesjährigen Parteitag einzuschätzen wissen. Wer auf den Fortschritt in organisatorischer Hinsicht ausschließlich rechnet, der wird zugeben, daß seine Erwartungen weit übertroffen sind. Von 24 Ortsgruppen in allen drei Bezirken, die im letzten Berichtsjahr vorhanden waren, ist die Ortsgruppenzahl auf 53 gewachsen. Die Mitgliederzahl ist im gleichen Maße von knapp 3000 im Jahre 1924 auf 5393 in diesem Berichtsjahr gestiegen. Berücksichtigt man, daß sich darunter etwa 1211 Frauen befinden und ferner die Mitglieder der Kulturorganisationen, so wird man erst den Umfang gewahr, der in der deutschen Arbeiterbewegung eine Konzentration der Kräfte erfahren hat. Gewiß sind dies sehr schöne Erfolge, aber es wäre verfehlt, auf diesen allein jetzt ausruhen zu wollen. Noch bleibt ein gewaltiges Stück Arbeit zu erfüllen, und man wird auch außerhalb der Partei, wohl die größte Aufmerksamkeit der Kulturbewegung schenken, die den besten Zweig unserer Organisation darstellt.

Es ist verständlich, daß eine Anzahl von Parteigenossen weit lieber gesehen hätten, wenn man ausschließlich nur von dem Fortschritt der Parteioorganisation gesprochen hätte. Es gibt deren viele, die es nicht verstehen wollen, daß die Partei sich einen solchen Schwanz von Nebenorganisationen heilegt, die sie mit zu betreiben hat. Wir müssen eben mit der neuen Zeit mit und können nicht allein an Dogmen kleben bleiben. Früher haben diese Institutionen ausschließlich Parteiarbeit erfordert, heute erfüllen sie sie bis zu einem gewissen Grade und führen der sozialistischen Bewegung immer neue Kräfte zu. Sie weiter auszubauen und vor allem aus dem oberflächlichen Gebiet auf die anderen Bezirke zu tragen, muß Hauptaufgabe der kommenden Agitationsarbeit sein.

Wohl die schwierigste Frage war die politische Einstellung und ohne sich schon jetzt festzulegen, hat man doch eine psychologische Wandlung wahrgenommen, die wir nicht besonders begrüßen, aber die uns unter dem Zwang der Verhältnisse auferlegt worden ist. Es wäre überflüssig, die Frage aufzuwerfen, ob es auch innerhalb unserer Partei zwei verschiedene Lager gibt, die oben ihrer sozialistischen Auffassung Ausdruck geben. Diese Lager waren aber mit wenigen Ausnahmen darauf eingestellt, in jeder Hinsicht eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien auszuschließen. Unsere Parteigeschichte ist so offen, daß wir auf diese Vergangenheit nicht näher eingehen brauchen. Und doch hat sich eine Stimmung durchgesetzt, die beweist, daß man nicht für immer festgelegt werden will, nicht immer auf Prinzipien bestehen, die uns bedrücken und in eine politische Abstinenz einzwängen. Freudig hat man diesen Wechsel nicht vollzogen, auch die lehrwillige Entscheidung noch nicht getroffen, aber wenn der reaktionäre Kurs der polnischen Politik es will, so schiebt er uns in eine Zwangslage, die uns Koalitionen möglich macht, an die wir nach vor Wochen kaum gedacht haben. Es ist am Parteitag klar ausgesprochen worden, daß sich die Partei nicht von parlamentarischer Mitarbeit ausschalten läßt. Gerade der reaktionäre Wind bedingt eine Stelle, von der man gegen diesen Kurs protestieren kann. Lange schwankten wir, ob man einen Parlamentarismus noch hegen darf, der von Kraftworten der Regierenden geduldet wird. Solange wir nicht wissen, welche Formen er fernerhin annehmen wird, wäre es auch verfehlt, sich von ihm auszuschließen. Wir unterstreichen, daß wir nicht mit fliegender Fahne einen Wechsel unserer Politik vornehmen wollen, wir antworten lediglich in unseren Beschlüssen nur dem Druck, der auf der Bewegung lastet. Darum hat man sich in der Wahlabschließung noch nicht festgelegt, erst die Wahlauschreibung wird

uns Gelegenheit geben, die Entscheidung zu treffen, nach welcher Richtung hin die Wahlhündnisse erfolgen sollen. Eine sozialistische Einheitsfront wird wohl kaum möglich sein, besonders dann nicht, wenn ihn die Landespartei nicht mitmachen kann, die selbst Koalitionen einschlagen muß, wenn sie von der reaktionären Welle nicht überannt werden will. So wie wir, so wird auch die P. P. S. die letzte Entscheidung bei der Wahlauschreibung erst treffen können.

Hat der Parteitag auch keine feste Entscheidung gefällt, so ist doch die Parteileitung in ihrer Tätigkeit ermächtigt, Vorverhandlungen zu führen und die Ereignisse genau zu beobachten, daß sie keinerlei Überraschungen treffen. Dies bedingt, daß wir in politischer Hinsicht umso genauer die Lage überprüfen und uns nicht wegen einiger Mandate willen auf eine schiefe Ebene begeben, die uns in Zukunft das Vertrauen der Massen entzieht. Wir wissen die Folgen von Koalitionen in ihrer Auswirkung einzuschätzen und darum muß auch der Parteileitung die größte Vorsicht anempfohlen werden. Der Parteitag hat ihr das Vertrauen durch Wiederwahl ausgesprochen und wir hoffen alle, daß sie auch in Zukunft den Weg gehen wird, der dem Wohle des deutschen Proletariats und nicht zuletzt der ganzen sozialistischen Bewegung dienlich ist.

In erregten waren wohl die Gemüter, als die Organisationsfragen behandelt wurden. In den Diskussionsartikeln zum Parteitag haben sie eine gewichtige Rolle gespielt und leider fehlte uns eines der Gebiete, die wir in unserer Partei völlig einverleibt sehen möchten. Nicht deswegen, weil wir herrschen wollen, sondern weil wir nach außen als eine geschlossene Phalanx des deutschen Proletariats nicht erscheinen, sondern sein wollen. Seit noch kann man uns den Vorwurf machen, daß wir fast ebensoviel „Deutschumspalterpartei“ haben, wie es deutsche Sprachinseln in Polen gibt. Aber das deutsche

Bürgertum hat ja nicht weniger wie fünf verschiedene Deutschumspalterpartei in Polen und einer ist zerfallen wie der andere. Warum bilden wir uns ein, daß wir allein sofort ein geschlossenes Ganzes schaffen wollen. Gewiß haben wir mit dem Bürgertum nichts Gemeinsames und wollen von ihrer Organisationsform nichts wissen und darum der einzige Wille, bald mit allen deutschen Proletariern vereinigt zu sein. Der Parteitag hat nicht grundsätzlich entschieden, wohin der Sitz der Parteileitung sein soll. Als eine demokratische Organisation stehen wir auf dem Grundsatz, daß darüber allein nur der Vereinigungsparteitag entscheiden kann und nicht irgend eine Konferenz, die sich nur gefühlsmäßig ihrer eigenen Sphäre anpaßt und glaubt, Lösungen zu vollbringen, wo sie neue Schwierigkeiten aufgeschürft hat. In dieser Frage also kein Fortschritt, aber die Diskussion hat klar gezeigt, daß zunächst eine Föderation geschlossen werden muß, die unverzüglich eine Einheitsleitung zustande bringen muß.

Wenn wir Rückschau zwischen Bielitz und Königschütt halten sollen, dann ist ein gewaltiger Fortschritt zu merken. Die Debatte hat bewiesen, daß mit wenigen Entgeisungen, die auch eine geistige Höhe erreicht hat, die wohl der regen Versammlungs- und Aufklärungstätigkeit zuzuschreiben ist. Mit Recht kann der Parteitag als ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung der deutschen sozialistischen Bewegung bezeichnet werden, aber unter der völligen Zustimmung der gesamten Delegierten konnte der Genosse Kowoll in seinem Schlußwort betonen, daß uns nicht nur am deutschen Proletariat gelegen ist, sondern an der Schaffung einer sozialistischen Internationale in der polnischen Republik. Mögen unsere Feinde von rechts und links die Dinge nach ihrem Ermessen beurteilen, uns bleibt dieser Parteitag mit seinen Arbeiten ein Wegbereiter einer besseren Zukunft.

Begrüßung und Eröffnung

Auftakt

Königschütt, den 18. April 1927.

Der große Saal des Königschütt Volkshauses strahlt im schönsten Schmuck. Von den Wänden grünen rote Embleme, von freundlichem, hoffenden Grün umrandt; das Bild unseres geliebten Führers Marx leuchtet ebenfalls in anmutiger Umrahmung, hoch an der Bühne liegt man ein Transparent „Mit uns zieht die neue Zeit“, ein gutes Omen für die zu erwartende Tagung. Auch das Rednerpult, geschmückt mit einem Bild des verstorbenen Genossen Ebert weist ebenfalls die Farben der Hoffnung und des siegenden Lichts auf. Ganz besonders wirksam sind die auf der Bühne aufgestellten grünen Gewächse, unter denen elektrische Lämpchen ein mattes Licht verbreiten.

In diesem so sinnreich verwandelten Saal finden sich noch längst vor Beginn der Tagung die Delegierten und Gäste den verschiedensten Ortschaften zusammen. Es ist eine stattliche Anzahl, die die Plätze einnimmt. Hier wird noch schnell ein Antrag, der einzubringen ist, erörtert, dort versucht man noch, in letzter Minute zu einem Ergebnis in einer wichtigen Frage zu gelangen, bis das scharfe Klingelzeichen die Debatten abbricht. Der Parteitag nimmt seinen Anfang.

Punkt auf Punkt der Tagesordnung wird in gewisserhafter Weise erledigt. Nur kurze Mittagspausen unterbrechen die Tagung. Auf den Gesichtern der Delegierten ist der Ernst ihrer Arbeit gekennzeichnet. Die einzelnen Referate bringen eine Heerschau geleisteter Arbeit und auch zugleich einen Ausblick in die Zukunft. Pläne werden zu fassen versucht, alles im Rahmen der Durchführbarkeit.

Keine Utopie, keine Fantasia, nur reine Tatsachen und Möglichkeiten werden erwogen. Auch ins Reich der „Hohen Politik“ fliegen die Gedanken und verlaufen, auch hier den geeigneten Pfad zum Ziele zu finden. Viel Interessantes und Belehrendes hört man und wer offenen Ohres ist, kann an solchen Tagen ein ganz schönes Wissen nach Hause tragen. Auch an humoristischen Momenten fehlte es nicht, sie sind auch mitunter nötig und wirken in peinlichen Situationen erlösend.

Die Debatte erregt sich ganz besonderer Lebendigkeit. Zu allen Punkten Jedem wird Gelegenheit gegeben, seine Stimme zu erheben. Und es ist anerkanntswert, daß gerade aus den Reihen der Delegierten ganz gute Ratschläge zur Förderung der

Parteioorganisation kommen. Aber dazu sind sie ja schließlich gewählt.

Natürlich fehlt auch die Kritik nicht. Und das ist auch eine gute Sache. Wo Kritik geübt wird, ist ein gewisses, geistiges Leben vorhanden. Natürlich muß sie im Rahmen des Anstandes bleiben und vor allen Dingen nicht persönlich werden. Unsere Genossen haben doch schon manches gelernt. Auch in der Kritik. Der Parteitag hat es bewiesen. Man wollte zwar Persönliches hereinziehen, es wurde auch effektiv getan, aber, zur Ehre sei's gesagt, in vernünftiger Weise. Und wenn auch mitunter Momente zu verzeichnen sind, da des Wortes scharfe Klinge, einen der Führer trifft, die spontane Gefühlsregung, die sich noch am vorigen Parteitag breit machte, sie scheint verschwunden zu sein. Die einzelnen Angriffe, mitunter durchaus berechtigt, sind leidenschaftlos, sachlich gewesen, also ohne Härte. Das ist ein bedeutender Fortschritt in den Reihen unserer Delegierten.

Wir sind der Meinung, daß ein Jeder, der am Parteitag teilgenommen hat, in dem Bewußtsein heimgefahren ist, praktische Arbeit geleistet zu haben. Der Eindruck des Ganzen war durchaus zufriedenstellend, das geistige Niveau stand auf einer erfreulichen Höhe. Sowohl Führer als auch Delegierte hatten sich wirklich im gemeinsamen, ernsthaften Willen zusammengefunden. Und wenn wir nochmals das Arbeitsfeld der Zukunft überblicken, dann wollen wir dem 3. Parteitag der D. S. A. P. in Polen die Anerkennung nicht verweigern. Nun gilt es, die Ideen der Tagung durch die Delegierten in die Ortsvereine hineinzutragen, damit sie auch verwirklicht werden. Wir aber lassen als Beweis geleisteter Arbeit am Parteitag die Berichte selbst sprechen.

Gegen 10½ Uhr begrüßt der Parteivorstand Genosse Kowoll die anwesenden Delegierten und Gäste, verweist auf die Bedeutung der Tagung und eröffnet den 3. Parteitag als eröffnet. Er widmet den Gästen freundliche Worte für ihr Erscheinen anlässlich der Tagung des deutschen Proletariats, so insbesondere dem Genossen Jakiel als Vertreter der deutschen sozialistischen Partei der Tschechoslowakei, ferner: dem Genossen Samelkei der D. S. P. Deutsch-Oberösterreichs, weiter dem Genossen Reger vom Hauptvorstand der P. P. S. Warschau, alsdann dem Genossen Pech als Delegierten der P. P. S. des Bezirks Oberösterreichs, schließlich noch die Genossen Kar-

ger und Nowak aus Deutsch-Oberschlesien, die als Interessenten dem Parteitag beizuwohnen.

Es begrüßte hierauf der Männerchor „Vorwärts“ Königshütte den Parteitag mit zwei wohl gelungenen, der Tagung entsprechenden Liedern, wie auch der Frauen- und Mädchenchor „Edelweiss“ mit einem dritten Lied die Tagung einleitete.

Der Vorsitzende gedenkt sodann in eingehender Weise des toten aus dem Leben geschiedenen Genossen Felix Perl, des Chefredakteurs des Warschauer „Robotnik“ und gibt bekannt, daß die Partei an die P. P. S. in Warschau folgendes Telegramm am Sonnabend geschickt habe:

Tief erschüttert entnehmen wir der Presse die Trauerkunde, daß Ihr lieber Genosse Felix Perl verschieden ist. Wir bringen Ihnen, werter Genosse, anlässlich dieses Trauerfalles das herzlichste Beileid des deutschen Proletariats dar. Wir werden immer des hervorragenden Kämpfers der polnischen Arbeiterklasse in dankbarer Erinnerung behalten.

**Für die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei.
Kowoll.**

Die Teilnehmer ehren den Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen, und geloben, die Bahn, die durch sie eingeschlagen wurde, weiter zu gehen.

Die vorläufige Tagesordnung, wie sie vom Bundesparteivorstand aufgestellt ist, wird genehmigt. Sie umfasst folgende Punkte:

1. Konstituierung des Parteitages: Wahl des Präsidiums sowie der Mandatsprüfungskommission.
2. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes, Referent Genosse Kowoll.
3. Rassenbericht, Referent Genosse Makke.
4. Diskussion über die vorangegangenen Punkte.
5. Die politische Situation Polens und die Aufgaben der D. S. A. P., Referent Genosse Dr. Glücksmann.
6. Diskussion.
7. Organisation, Agitation und Presse (Schluß über den Sitz des Parteivorstandes), Referent Genosse Pantragh.
8. Neuwahlen des Parteivorstandes.
9. Anträge und Verschiedenes.

Der erste Punkt Konstituierung des Parteivorstandes zeitigte als Vorsitzende der Tagung die Genossen Bolmer-Bielitz, Zithlau-Bromberg und Buchwald-Königshütte, als Schriftführer die Genossen Karch-Bielitz, Augustella Alfred und Mazurek-Königshütte, sowie ferner zur Mandatsprüfungskommission die Genossen Dutkiewicz-Bielitz, Sanicki-Katowitz, Orzel-Königshütte, Ritsch-Laurahütte, Heinrich-Bielitz und Schmidt aus Königshütte. Die Vorschläge erfolgten durch den Bundesvorstand, gegen welche sich kein Widerspruch erhob, so daß die weitere Leitung des Parteitages Genosse Buchwald übernahm.

Er dankt für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und verliest eine Reihe eingegangener Begrüßungsschreiben, von der Internationale durch den Genossen Fritz Adler, von der sozialdemokratischen Partei Österreichs von Skarek, von den deutschen Genossen durch Wels, von der deutschen Sozialdemokratie Danzigs durch Genossen Maier, vom jüdischen Bund durch Genossen Ehrlich und von der Zentrale der P. P. S. Warschau. Die österreichischen und Danziger Genossen können infolge des Wahlkampfes keine Kraft entbehren und auch der Bund ruft zum Wahlkampf in Warschau, so daß sie sich auf schriftliche Grüße beschränken.

Den Reigen der Begrüßungsansprachen eröffnete Genosse Jozef von der deutschen sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei. Er streifte die außerordentlich schlechten Wirtschaftsverhältnisse aller europäischen Staaten, insbesondere aller derjenigen, die unter den Friedensvertrag von Versailles fielen, deswegen, weil infolge dieses Friedensvertrages eine kapitalistische Konjunktur begann, die man vor Abschluß des Weltkrieges nicht erwartet hatte. Aus allen den ungeheuren Opfern, die das Proletariat während des Weltkrieges bringen mußte, verstand es die Bourgeoisie ihre Profite zu ziehen. Marx, einer unserer größten Vorkämpfer, hatte seinerzeit, vielleicht in einer prophetischen Umwandlung, der Arbeiterschaft vorausgesagt, was nachfolgende Generationen erleben bzw. zu empfangen haben werden. Die Revolution 1918, die als eine rein bürgerliche angesprochen werden kann, brachte dem Proletariat das, was es erhoffte, nicht. Diese Revolution war nichts anderes als ein Ausbruch einer untergehenden Weltanschauung, die sich in ihren letzten Fasern gegen den mit aller Macht einschleichenden Sozialismus wehrte. Die Revolution 1918, war sie auch keine proletarische, so räumte sie doch mit dem bürgerlichen Schutt, der sich Jahrhunderte breit machte, vollends auf; aber wir haben hier feststellen müssen, daß sich die Bourgeoisie trotz aller Niederlagen in jeder Hinsicht erholt und durch eine Organisation, die einzig da steht, zum Schlag gegen das Proletariat ausholt. Das Proletariat hat die Gruppenschaffungen der Revolution nicht auszunutzen verstanden. Es überließ das Kampffeld der Bourgeoisie, die auf Grund von Zusammenhängen aller Unternehmenseinkorporationen einen gewichtigen Faktor bildete, der die Arbeiterschaft in allen folgenden Kämpfen um sämtliche sozialen Rechte zu berauben versuchte. Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen des Kapitals, machte sich in allen europäischen Staaten eine Bewegung bemerkbar, die wir heute gemeinhin mit Faschismus bezeichnen. Der Faschismus ist nichts anderes, als ein organisierter Widerstand der gesamten kapitalistischen Weltanschauung, gegen die proletarischen Bestrebungen zur Bewirkung eines Menschheitsideals, d. h. des sozialistischen. Nichts anderes bedeutet das, als eine letzte Phase der sich aufbauenden Bourgeoisie gegen die immer unablässig vorwärtschreitenden Ideen des Sozialismus. Das bedeutet alles nichts anderes, als den letzten Endkampf der bürgerlichen Weltanschauung gegen die sozialistische, die im Laufe der letzten Jahre in der ganzen Welt Triumphe feierte. Sind für die Arbeiterklasse in dieser Hinsicht die Aussichten mitunter nicht erfreulich, so kann nicht gesagt werden, daß man heute die Hände ruhen zu lassen habe. Hat uns die Revolution 1918 im allgemeinen nicht das gebracht, was sich das mühe gewordene Proletariat wünschte, so hat uns dieser Mißerfolg keinen Anlaß zu geben, die gesamte sozialistische Bewegung in Grund und Boden zu verworfen, wie es so viele kleinmütigen Genossen zu tun pflegen, sondern im Gegenteil mehr denn je für sie einzustehen. In diesem Sinne wünscht Redner dem Parteitag den besten Erfolg.

Genosse Reger vom Hauptvorstand der P. P. S. in Warschau begrüßte den Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Polen und hofft, er möge eine historische Etappe in der Entwicklung der deutschen sozialistischen Organisation werden. Ergänzend zu den Ausführungen des Redners glaubt die polnische Sozialdemokratie, daß die Mairevolution des Marschalls Piłsudski eine grundlegende Wendung im Schicksal der bestehenden Staatsform bringen werde; vor allem habe sie sich hier um die Beilegung der Litows- bzw. des Großgrundbesitzes, die auf Grund ihrer Mandate in sämtlichen Regierungsstellen ihren Einfluß geltend machte. Deshalb waren alle Hoffnungen auf eine sogenannte Sanierung durch den Marschall Piłsudski ein Illudium, und das haben alle diejenigen,

die in der sozialistischen Bewegung standen, mehr oder weniger gewußt. Jenen allen aber kam es darauf an, den Kampf gegen Reaktion und Faschismus geführt zu sehen. Gen. Reger wünscht zum Schluß, daß der Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie und damit der deutschen Arbeiterbewegung in dem augenblicklichen Tempo seinen Gang weiter geht und der Landesparteitag nach der Richtung seinen vollen Erfolg haben möge.

Genosse Saweliew überbrachte im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dem Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Polens die aufrichtigsten Glückwünsche. Die außerordentlich stark vertretenen Delegierten sind ihm Zeugen für den Aufstieg unserer Partei. Seit jeher schon nehmen die deutschen Genossen Anteil an der Bewegung jenseits der neu gezogenen Grenze. Denn wenn sie auch bestrebt, für uns bilden die Grenzpfähle nur etwas Bildliches. Wir sind über sie hinweg bestrebt, nach Kräften gemeinschaftlich zu arbeiten, was hervorgeht aus der Begegnung aller Konferenzen der deutschen Sozialisten Polens. Die deutsche Sozialdemokratie berührt es äußerst wohlwollend, einen günstigen Stand der Genossen in Polen feststellen zu können. Auch in Deutschland geht es zusehends besser. Das Proletariat wird geheilt von der Krankheit des Kommunismus, was besonders dadurch deutlich gekennzeichnet wird, daß sich die kommunistische Partei Deutschlands gespalten hat in zwölf kleine Gruppen, und also Zeugnis ablegt von dem gesunden, vernünftigen Geist, der nunmehr einzieht in die Reihen der ausgebeuteten Massen. Das bewiesen weiter auch die Wahlen im Reich, die, entgegen den früheren Ergebnissen, diesmal schon erheblich günstiger im Interesse der Partei ausfielen. Genosse Saweliew berührt weiter den Etat des Reichswirtschaftsministeriums, um an Hand dessen zu zeigen, welche ungeheure Arbeit auch der deutschen Sozialdemokratie harret. Jedenfalls ist es trotz alledem ihr erstes Bestreben, in enger Fühlung mit den Sozialisten Polens zu bleiben, um so gegenseitig im internationalen Sinne zu wirken. In diesem Sinne wünscht er dem Parteitag einen guten Verlauf.

Der Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes

Das Wort hat Genosse Kowoll. Werte Parteigenossinnen und Genossen! Wir haben vor fast 28 Monaten unseren letzten Parteitag in Bielitz unter dem Zeichen des Zusammenschlusses bejubelt, in dem festen Glauben, daß der jetzige Parteitag eine geschlossene deutsche sozialistische Arbeiterbewegung auf dem Territorium des polnischen Staates vorfindet. Wir haben die Verhältnisse überschätzt, denn ich glaube, daß sowohl unsere Freunde in Lodz als auch wir die Stunde schnellst herbeiwünschten, wo wir eine geschlossene Organisation mit einheitlicher Führung sein werden. So trete ich denn mit tiefem Bedauern vor Sie, um über die Tätigkeit der Parteileitung Rechenschaft zu legen, um ihnen den Stand unserer Partei in einigen Zahlen darzulegen. Es ist nicht alles in Erfüllung gegangen, was wir uns als Aufgabe gestellt haben. Niemand konnte beim Abschluß unseres letzten Parteitages ahnen, daß die Wirtschaftskrise eine so lange Dauer nehmen wird und Genossinnen und Genossen, noch weniger hätten wir erwartet, daß wir im Zeichen einer demokratischen Staatsentwicklung heute vor einer verdeckten faschistischen Diktatur stehen. Der sozialistischen Arbeiterschaft kann es nicht gleichgültig sein, unter welchen Bedingungen sie ihre Kämpfe zu führen hat. Und wenn die Erfolge ausgeblieben sind, welche wir hegten, so sind sie nicht zuletzt auf das Konto der Wirtschaftskrise, auf die politische Unterdrückung und auf die nationale Verfolgung zu setzen. Wollen wir ganz offen sein, so müssen wir bekennen, daß wir politisch um Jahrzehnte zurückgeworfen sind, wir müssen um die elementarsten Rechte kämpfen, um Schule und Muttersprache, Dinge, die uns vor der Zuteilung an Polen nicht bekannt waren. Und daß solche Kämpfe die Arbeiterklasse nur zu oft ins nationalpolitische Lager treiben, das haben wir gerade während der ober-schlesischen Kommunalwahlen feststellen können, wo eine Reihe von Ortsvereinen trotz aller Veruche nicht zu bewegen waren, eigene Listen aufzustellen, sondern sich lieber mit ihren deutschen Klassengegnern zusammengeworfen. Genossen und Genossinnen, so bedauerlich diese Feststellung ist und so viel Freude sie im Lager der Sozialdemokraten auf polnischem Boden auslöst, so wird es immer unsere Aufgabe sein, mit dem polnischen Proletariat eine einheitliche Front zu schaffen. Ueber die von uns angestrebten Versuche werde ich später berichten, ich streife jetzt diese Frage nur, weil sonst die folgenden Zahlen nicht verständlich sind.

Bezirk Oberschlesien

Unsere ganze Arbeit während der verfloßenen 28 Monate war auf den Ausbau der Ortsvereine gerichtet, denn parlamentarisch waren Früchte für uns nicht zu werden. Ich will nicht unterzählen, wieviel wir hier verlagert haben, doch war es unser Streben, der Partei immer und überall Geltung zu verschaffen. Hatten wir im ober-schlesischen Teil der Wojewodschaft im letzten Bericht nur 12 Ortsvereine zu verzeichnen, so ist diese Zahl inzwischen auf 39 gestiegen und in gleichem Zeitraum hat sich die Mitgliederzahl von 1019 auf 2634 gehoben, in weiteren 51 Ortschaften unterhalten wir Vertrauensleute, so daß es auch dort von der Zeit möglich sein wird, feste Ortsgruppen der Partei zu schaffen. Hatten wir zum Beispiel aus der Nachkriegszeit in den Kommunen nur an 8 Ortschaften Gemeindevertreter, und zwar 26 insgesamt, so konnten wir bei den letzten Wahlen 33 auf eigene Listen in 17 Ortschaften durchführen, während uns bürgerlich deutsche Listen etwa 33 Kandidaten zufielen. Ich will nicht unterzählen, ob wir mit eigenen Listen nicht mehr erlangt hätten, aber bei diesen Wahlen muß berücksichtigt werden, daß sie vollkommen im Zeichen nationaler Entwicklung vor sich gegangen sind. Haben wir zum Beispiel bei den letzten Sejmwahlen im Bereich der ganzen Wojewodschaft Schlesien nur 24000 Stimmen erobern können, so haben wir jetzt in Oberschlesien an 18 Ortschaften fast 19000 Stimmen erhalten und bei den Wahlen im Leschener Gebiet 1925 eine Stimmenmehrheit von 1300 erreicht. Für die kommenden Wahlen jedenfalls gute Vorzeichen, wenn wir unsere Organisation in bisheriger Weise ausbauen werden können. Ich lege hier, was Oberschlesien betrifft, besonders auf das Können einen großen Wert, denn noch gibt es eine Reihe von Ortschaften, wo wir keine Versammlungen abhalten können, wo der nationalistische Terror des Westmarkenvereins und der Aufständischen uns jede Versammlungsmöglichkeit nimmt. Oder aber man übt auf die Sozialisten aber beherrschenden Druck aus, so daß wir keine Versammlungsräume erhalten können. Genossen und Genossinnen! Ich kann mich solcher Zeiten aus der Vorkriegszeit noch sehr wohl erinnern, aber damals war man nur den sogenannten rechtlichen Instanzen ausgeliefert, während man heute bei jeder Versammlung in den Mandatsbezirken und ländlichen Bezirken das Leben auf den Markt trägt. Bei der Gründung einer Anzahl von Ortsvereinen im vergangenen Jahre, war es unter polnischer Herrschaft überhaupt die erste deutsche Versammlung, die dort stattgefunden hat, aber zuweilen auch die letzte. Diese Tatsache kann uns nicht davon zurückschrecken, diese Arbeit fortzusetzen und wird sie legal infolge des nationalen Terrors nicht

Für den Bezirk der P. P. S. Oberschlesiens überbringt Genosse Buch die Grüße. Auch er war für die Verständigung bei der sozialistischen Richtung und glaubt, daß der Parteitag eine weitere Verständigung beider Parteien herbeiführen werde.

Genosse Nowak beglückwünscht im Namen der Gewerkschaften Deutsch-Oberschlesiens den Landesparteitag, und erhofft aus dem Verlauf der Konferenz auch ein künftiges einträchtiges Arbeiten der Gewerkschaften beider Seiten Oberschlesiens.

Genosse Jerske-Lodz wünscht dem Parteitag vor allem, daß er eine Einigung zwischen sämtlichen vorhandenen Gruppen der deutschen Sozialdemokratie in Polen herbeiführen möge. Er glaubte, seit dem Verlauf des zweiten Parteitages die Einigung soweit erzielt zu haben, wie sie im Interesse der Arbeiterschaft lag. Es ist aber bedauerlicherweise nicht soweit gekommen, weil weitere Verhandlungen zwischen den einzelnen Gruppen nicht das Ergebnis zeitigte, welches man erhoffte. Zweifelloso steht fest, daß jede der einzelnen Gruppen ihre Sonderwünsche haben, aber man hat in den diesbezüglichen Verhandlungen denen im großen ganzen wenig Rechnung getragen. Jedoch besteht die Hoffnung, daß auch der heutige Parteitag die Einigung nicht bringt, das Proletariat selber Wege und Mittel findet, um einen Zusammenschluß zu bewerkstelligen. Immer hat die Einigungsfrage in Lodz eine hervorragende Rolle gespielt, schon aus dem Grunde, weil sich im Laufe der Zeit ohne weiteres die Notwendigkeit ergeben hat, eine Einigung sämtlicher bestehenden deutsch-sozialistischer Gruppen in Polen herbeizuführen.

Im Namen des Wfa-Bundes spricht Genosse Kabbach, der auch den Wunsch zum Ausdruck bringt, daß die Konferenz wesentlich zur Verständigung der Arbeiter- und Angestellten beiträgt, und damit gleichzeitig ergiebig auf die Angestellten, die heute der Sozialdemokratie noch fern steht, wirkt. Auch er wünscht einen vollen Erfolg.

Damit ist die Reihe der Begrüßungsansprachen beendet und der Vorsitzende erteilt zum Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes dem Genossen Kowoll das Wort.

möglich sein, so werden wir von illegaler Tätigkeit gegenüber dem nationalen Banditentum nicht zurückschrecken. Ich gebe zu, daß vereinzelt die Behörden uns Schutz gewährt, aber das für haben sie bei hundert anderen Fällen vollkommen verlagert. Denn nicht darauf kommt es uns an, in den Städten den deutschen Arbeiter zu erfassen, sondern ihm weit auf dem Lande eine deutsche Organisationsstätte zu bieten. Und von dieser Stelle aus sage ich den wackeren Streikern auf dem Lande den Dank aus, für die Opfer, die sie während ihrer agitatorischen Tätigkeit gebracht haben.

Bezirk Bielitz

Besser als in Oberschlesien steht es mit unserer Organisation im Bieltzer Bezirk. Zwar haben wir durch die Auflösung einiger Genossenschaftszirkeln auch einen Ortsverein eingebüßt, so ist doch die Mitgliederzahl von 1748 auf 2512 gestiegen und bei den Wahlen zu den Kommunen, konnten wir schöne Erfolge davontragen und verwalten drei Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit zum Wohle der dortigen Landbevölkerung. In anderen Gemeinden stellen wir den Bürgermeister und gegenüber den Bürgerlichen hoffen wir in Zukunft noch andere Feste zu erobern, jedenfalls sind hierfür die organisatorischen Fäden gesponnen. Unsere ganze Zukunft im Bieltzer Bezirk ist auf die Genossenschaft gelegt und diese über die Wirtschaftliche hinauszuführen, wird unsere Hauptaufgabe sein. Genossen und Genossinnen, ich brauche wohl hierbei nicht zu erwähnen, in welcher schwieriger Lage sich unsere Genossenschaften, die ober-schlesischen nicht ausgenommen, befinden. Aber im Verlauf der Arbeiten war es nicht möglich, ihnen zu helfen, wir hoffen aber, daß dies in Zukunft der Fall sein wird. Wenn ich schon bei den Genossenschaften bin, so möchte ich gleich die Zahlen hierfür einfließen. In Oberschlesien haben wir 3 Genossenschaften, während sich im Bieltzer Teil 8 Unternehmungen befinden, zwei mußten leider infolge dauernder Wirtschaftskrise abgebaut werden. Auf dem Bieltzer Gebiet vollzieht sich die Arbeit viel leichter, dort haben wir durch die Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Arbeiterklasse mit Terroristen nicht zu rechnen und wir hoffen, daß einmal der dortige Wind, auch in Oberschlesien wehen wird.

Bezirk Pommerellen

Am schwierigsten gestaltet sich die Organisationsarbeit im Bezirk Pommerellen. Erstens mangelt es an deutschen Arbeitern, weil die meisten vorzogen, ihre frühere Heimat zu verlassen, dann aber auch an Kräften, die die Bewegung ernst nehmen können. War im letzten Berichtsjahr nur eine Zehntelstelle vorhanden, so sind heute drei weitere Städte erreicht, wenn auch die Mitgliederzahl nur gering gestiegen ist. Aber auch hier muß alles mit der Wirtschaftskrise in Verbindung gebracht werden und wir hoffen, daß wir im kommenden Bericht schon besseres über unsere dortigen Freunde sagen werden können. Es wäre verfehlt, hier unsere Bewegung nach der Mitgliederzahl zu bemessen. Bei den Kommunalwahlen in Pommerellen haben wir eine Anzahl Mandate erobern können, wenn dies auch unter den verschiedensten Kombinationen stattgefunden hat.

Und nun noch einige Zahlen über die Versammlungstätigkeit, wobei ich zu berücksichtigen bitte, daß es nur diejenigen Versammlungen sind, die von der Parteileitung erfragt wurden, die Sitzungen und Zusammenkünfte in den kleineren Ortschaften nicht gezählt. Wir haben insgesamt 854 Versammlungen veranstaltet, sehr wenig öffentliche Versammlungen abhalten können. Am besten schneiden hier der Ortsgruppen entsprechend wiederum Bielitz ab, während wir in Oberschlesien nur 5 öffentliche Wahlversammlungen haben machen können und auch die verliefen nicht ohne Störungen seitens der Nationalisten, drei sind gesprengt worden. Ueber die Versammlungstätigkeit im Pommerellen Gebiet vermag ich mir Zahlen nicht aufzuwerfen, da wir durch die räumliche Entfernung nur lose Verbindungen haben.

Ich darf wohl, ohne Indiskretionen zu begehen, etwas von unseren Lodzern Genossen sagen. Nach den mir zugeteilten Informationen haben unsere Lodzer Freunde ihre Organisation auf 9 Zirkeln mit etwa 3000 Mitgliedern ausbauen können. Ohne den Lodzer Mitgliedern zählt unsere Partei am Jahres-schluß 1927 5393 Mitglieder, auf welche 1211 Frauen entfallen.

Aufbau und Zusammenfassung

Genossen und Genossinnen! Unsere Parteitätigkeit ist nicht von den verschiedensten kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen zu trennen, die innig mit der Partei verbunden sind. Eine Reihe von Organisationen machen unsere Partei überhaupt erst verständlich und darum muß ich mich auch mit ihnen in meinem Tätigkeitsbericht befassen, um so ein etwas vollständigeres Bild des Lebens und Wirkens des deutschen Proletariats in Polen zu geben. Ich war bestrebt, die Zahlen eher noch un-

ten kann nach oben abzurufen und ich glaube, wir haben keine Ursache, zu übertrieben, weil wir sonst auch finanziell etwas besser stehen müßten. Aber die Vielfältigkeit der deutschen Arbeiterbewegung ist eben zum Teil auch nachhaltig für die Partei, weil viele glauben, daß ihre Pflicht erfüllt ist, wenn sie in ihren sportlichen, kulturellen oder sonstigen Organisationen angetreten.

In erster Linie nenne ich hier die

Arbeiterwohlfahrt

Die wohl mit Unrecht das Wort Wohlfahrt führt, weil sie insofern mangelnder Mittel Wohlfahrt im besten Sinne des Wortes nicht betreiben kann. Aber ich darf wohl sagen, daß sie doch, wenn auch mit Hilfe anderer Organisationen, in vielen Fällen der Not gesteuert hat. Sie ist ein Kind der letzten Jahre, denn bis zum letzten Parteitag bestand sie mehr auf dem Papier und hat über den oberhessischen Bereich ihre Tätigkeit nicht entfalten können. Im letzten Bericht war sie praktisch nur an drei Orten vertreten, heute sind es fünf Ortschaften und ich glaube, daß nur infolge einer Vernachlässigung durch die Parteileitung weitere vier Ortschaften nicht erfasst wurden, wo eine gute Grundlage für unsere Arbeiterwohlfahrt besteht. Aber es wird unser Bestreben sein, das Verfallene nachzuholen, wo irgend es die nationalen Momente zulassen, die gerade bei den Frauen eine große Rolle spielen. Dort, wo die Arbeiterwohlfahrt besteht, hat sie zum Teil die männlichen Organisationen überflügelt, doch ist es schwer, an die Frauen nur mit Positiv anzukommen. So müssen wir feststellen, daß von den 1211 Frauen nur etwas über 700 der Arbeiterwohlfahrt angehören. Hand in Hand mit der Arbeiterwohlfahrt steht und fällt die

Kinderfreunde-Bewegung

die allerdings ein Sorgenkind der Partei ist, weil wir unmöglich aus Parteimitteln die erforderlichen Gelder aufbringen können, die eine solche Bewegung in der Praxis erfordert. Was getan werden konnte, ist geschehen, sie bleibt aber nur auf die Ortschaften beschränkt, wo uns eigene Häuser zur Verfügung stehen, also Kattowitz und Königshütte. Im Bielefelder Bezirk sind die Kinderfreunde noch nicht aufgezogen worden, wir hoffen aber bald, dort mit dieser Arbeit zu beginnen. Wir haben in den zwei genannten Ortschaften einige 100 Kinder erfasst, aber die Hoffnungen müssen wir enger spannen, weil hier ohne bedeutende Geldzuwendungen nichts auszurichten ist. Dankbarerweise haben die Gewerkschaften und unsere Hausbewohnungen bisher Zuschüsse geleistet, wie es in Zukunft sein soll, vermag ich zur Stunde nicht zu übersehen. Wir wollen alles versuchen, um den Grundstein für die Zukunft zu legen. Darum streuen wir uns auch der sibiischen Fürsorge einiger Pfarrer und Kapläne, die mächtig gegen diese Bestrebungen wettern, was uns aber in unserem Vorhaben nicht stören kann.

Jugendbewegung

Hier ist es schon schwerer, mit richtiger Kennzeichnung der Situation hervortreten, wenn man nicht einer etwas unangenehmen Kritik ausgesetzt werden will, denn an uns Alten wird ja wegen unserer Nachlässigkeit ziemlich harte oft sogar unbedingte Kritik geübt, wir dürfen uns dies in dem gleichen Maße an der Jugend zwar nicht erlauben, doch will ich verhehlen, ihre guten Seiten herauszufinden und schließlich bin ich überzeugt, daß man mit in der Diskussion die Antwort nicht schuldig bleiben wird. Unsere Jugend befindet sich im Zeichen der Vierung und wenn sie nicht besser ist, so nehmen wir gern die Fehler auf uns, denn wir in der Parteileitung haben wirklich wenig Zeit, uns mit ihr zu beschäftigen. Eine gute Entwicklung hat sich im Bielefelder Bezirk herausgebildet, in Oberhessen sind gute Ansätze vorhanden. Auch hier wiederum spielt die Raumfrage eine außerordentlich große Rolle, denn ohne gute Unterbringung ist die Jugendbewegung nicht möglich. Solange wir die Raumfrage nicht lösen können, wird es schwer sein, die Arbeiterjugend auf die anderen Ortsvereine hinaus zu verpflanzen. Nach den mit mitgeteilten Zahlen hat die Jugend in beiden Bezirken 435 Mitglieder, die sich auf 7 Ortsgruppen verteilen.

Abteiler

Einen wichtigen Bestandteil unserer Bewegung bilden die Arbeiterkämpfer, die in Oberhessen einen erfreulichen Aufschwung nehmen und um die sich jetzt eine Reihe von Ortsvereinen bemühen. Sie sind so eine Art gemittelter Teil unserer Partei und sie hatten ja heute Gelegenheit ihre Fähigkeiten zu beurteilen. Waren sie unter dem Druck des nationalen Terrors auf die Städte beschränkt, so sind heute auch auf dem Lande eine Reihe von Gruppen vorhanden, die uns immer mehr neue Anhänger zuführen. Soweit mir die Bundesleitung mitteilt, haben die Kämpfer in beiden Bezirken 1657 Mitglieder aufzuweisen, die sich auf 14 Ortschaften, davon 6 im Bielefelder Bezirk verteilen. Ich glaube, daß die Arbeiterkämpfer, in denen die Weiblichkeit etwa mit 45 Prozent beteiligt ist, eine gute Hoffnung sind, wenn uns die Behörden nicht einen Strich durch die Rechnung spielen, da gewisse Kräfte am Werke sind, uns die Übungslokale abzutreiben. In öffentlichen Aufführungen haben sich unsere Kämpfer ausgezeichnet, so daß ich auf die Befähigung nicht eingehen will.

Arbeiter Sport und Turnbewegung

Unsere Zeit steht im Zeichen der Sportbewegung und darum konnten wir auch an diesem überaus wichtigen Zweig des öffentlichen Lebens nicht vorbeigehen. Ich bin nicht in der Lage, genaue Zahlen anzugeben, aber soweit mir berichtet wird, umfaßt die Arbeiter Sportbewegung in beiden Bezirken etwa 1272 Personen, wobei gegen 30 Prozent wiederum von der Weiblichkeit gestellt werden. Die Tätigkeit ist in Königshütte, Kattowitz und Bielefeld am besten, in den drei anderen Ortschaften mangelt es an geeigneten Übungsräumen und noch mehr an Geräten. Wir hoffen aber, die Schwierigkeiten zu überwinden, zumal gute Anlässe zu weiteren Gründungen in der Ortschaft bestehen. Leider kann die Partei gerade dieser so überaus wichtigen Bewegung für die jüngeren Genossen nicht mit der Unterstützung an die Hand gehen, wie dies notwendig wäre. Ohne nennenswerte Zuschüsse wird hier bessere Arbeit kaum gelingen. Von den Fähigkeiten unserer Turner werden sie sich ja heute abends überzeugen können, jedenfalls haben sie sich durch öffentliche Darbietungen manches Lob verschaffen können.

Alle diese oben bezeichneten Organisationen sind zusammengefaßt im

Bund für Arbeiterbildung

der eine Art Spitzenorganisation ist und von wo aus zum Teil die finanziellen Unterstüßungen fließen. Wir haben den Bund bei der Abtrennung geschaffen, um das kulturelle Niveau des deutschen Arbeiters zu heben und vor allem um eine Stätte zu begründen, welche dem deutschen Arbeiter neues Wissen vermittelt. Der Bund hat aber mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, besonders bei Beschaffung der Referenten, so daß wir sehr oft auf bürgerliche Quellen angewiesen sind, die uns ihre Wissenchaft eben in der von ihnen vorhandenen Weltanschauung vermitteln. Der Bund für Arbeiterbildung konnte seine Tätig-

keit auf 12 Ortschaften ausdehnen und weitere Gruppenbildungen scheiterten zum größten Teil am Mangel an geeigneten Lokalitäten. Mit genauen Zahlen kann ich weiter nicht aufwarten, doch möchte ich, daß aus dem Bund eine Schule werde, wo Proletarier zu Klassenkämpfern erzogen werden und nicht eine Stätte, wo durcheinander die verschiedensten Wissenszweige bearbeitet werden, die am Schluss der Vortragskurse kein abgeschlossenes Bild geben können. Es soll dies durchaus nicht eine Kritik an der Leitung sein, sondern ich konstatiere nur eine Tatsache, die es zu beheben gilt. In der Diskussion werden wir wohl näheres erfahren, im Vorjahre waren es mehrere hundert Vorträge, die der Bund veranstaltete und dadurch an mehrere Tausend Menschen, die uns bis dahin fernstanden, herantrat.

Soweit mir Zahlen zugänglich waren, umfaßt der Bund für Arbeiterbildung Ende 1926 gegen 4600 Mitglieder in 12 Ortsgruppen. Für die 202 planmäßige Vorträge, 15 Sonderveranstaltungen und 30 Veranstaltungen anderer Art durchgeführt wurden. Weiter sind an 7 Ortschaften Bibliotheken vorhanden, die 1250 Bände umfassen und im Jahre 1926 durch 7650 Leser frequentiert wurden. Die Zahlen sind nicht endgültig, da der Vortrags-Turnus bis Ende April 1927 läuft, während die hier erwähnten Zahlen nur bis Ende Dezember 1926 reichen.

Außer diesen Gruppen haben wir noch die Freidenker und die Naturfreunde, die aber nicht so eng an die Partei angeschlossen sind und zum Teil auch an polnische Organisationen angeschlossen sind oder in letzterer Verbindung mit ihnen wirken, was ich durchaus nicht als einen Fehler bezeichnen möchte. Ferner sind die Arbeiterkämpfer im Werden begriffen, doch zunächst nur auf eine Ortschaft beschränkt.

Mit den freien Gewerkschaften und zum Teil auch mit den Angehörigen des Maschinenwesens arbeiten wir verhältnismäßig gemeinsam, doch wollen wir sie aus bestimmten Gründen nicht enger an die Partei binden. Wenn wir so die gesamte geschlossene deutsche Arbeiterbewegung erfassen, so kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß wir an etwa 15 000 Personen herankommen. Zahlenmäßig kann die Gewerkschaftsbewegung nicht genau angegeben werden, da zum Beispiel im Bielefelder Bezirk die deutschen Arbeiter in den polnischen Klassenkampforganisationen organisiert sind.

Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Parteien

Genossen und Genossinnen! So wichtig dieser Punkt auch ist, ich will ihn nur in wenigen Worten streifen. Wir haben alles versucht, um mit allen sozialistischen Parteien eine große Einheitspartei zu schaffen. Dies wird in Polen wohl auf Jahre hinaus ein schöner Traum bleiben, jedenfalls haben uns die verschiedensten Konferenzen keinen Schritt vorwärts gebracht. Wir haben gute Beziehungen zur Landesspartei, leider wirkt sich dies in Oberhessen nur wenig aus, was immer noch dem Fleißig zugeschrieben werden muß. Mit dem Bund leben wir wohl in

Die Diskussion

Zum Geschäftsbericht ergreift als erster Genosse Alf. Kuzella das Wort und behandelt ausführlich die Tätigkeit der Arbeiterjugend, da sie im Bericht des Genossen Kowoll nicht genügend objektiv zum Ausdruck kam. Notwendig ist unter allen Umständen, daß die Jugend mehr zu Worte kommt, daß man ihr mehr als bisher Beachtung schenkt, und sie dadurch zum Träger zum Kämpfer für den Sozialismus erzieht. Zudem er also den gegebenen Bericht ergänzte, erucht er alle anwesenden Parteigenossen nach Kräften für die Jugend tätig zu sein, was sich zum Wohle der Partei auswirken wird. Hierzu gehört nicht zuletzt auch die Schaffung geeigneter Unter-
kunftsräume, die bis dahin die Entwicklung der Jugendorganisation stark hemmte.

Genossin Kuzella-Königshütte verweist auf den Nutzen der Kinderfreunde Bewegung, des jüngsten Kindes innerhalb unserer Organisation. Neben der Erziehung der Kinder in allmählicher Weise zu unserer Weltanschauung, können wir auch die erfreuliche Feststellung machen, daß selbst die Eltern unserer Kinder der Partei zugeführt werden, und ist der Zweck der Sache doppelt erreicht. Ein besonderes Augenmerk verdienen die Kulturvereine, die in gewisser Hinsicht den Anschein einer bürgerlichen Korporation tragen, der ausgelöscht werden kann, wenn die Aufklärung auch in die Reihen getragen wird und umgekehrt die Mitglieder jener Vereine aufgehen in der Partei.

Genosse Hanisch-Kattowitz verbreitet sich auf die Tätigkeit der Partei in den letzten Jahren. Es steht ohne Zweifel fest, daß wir mit den Erfolgen seit der Zeit des letzten Parteitages voll auf zufrieden sein können. Diese zwei Jahre waren vor allem zur Agitation sehr günstig und sind in entsprechender Weise vom Parteivorstand auch gewertet worden. Anders aber verhält es sich mit den kommenden Monaten, und es ist schwer zu sagen, inwieweit dann die Arbeit wird vollzogen werden können. Die in Vorbereitung stehende Wahlordnung ist hauptsächlich dazu angetan, das Proletariat zurückzudrängen, und so ist kaum anzunehmen, daß uns die nächsten Wahlen noch mehr Mandate für den Sejm einbringen. Dabei das Bestmögliche für die Arbeiterklasse herauszuholen, wird die vornehmlichste Aufgabe des neuen Parteivorstandes bedeuten. Darüber hinaus müssen in erster Linie die Abgeordneten, die auf Grund ihres besonderen Schutzes, der Immunität, mehr zu riskieren vermögen, an die Lösung der großen Aufgaben. Selbstverständlich muß dies die Pflicht des einen wie des anderen sein. Hanisch unterzieht im weiteren Verlauf die Schreibweise des Organs der P. P. S. Oberhessens, der „Gazeta Robotnicza“, einer scharfen Kritik. Sie ist mehr, als alle polnisch-nationalistischen Blätter bestrebt, die deutsche Minderheit herunterzureißen und erreicht darin die äußerste Grenze des Chauvinismus. Daß angeht, solcher Taktik die gegenwärtige Annäherung in weiter Ferne liegt, ist einleuchtend. Gen. Hanisch appelliert an die anwesenden Vertreter der P. P. S.-Zentrale Warschau, die Handlungsweise ihrer Genossen in Oberhessen einer Revision zu unterziehen, und ihnen das Beispiel der Einigung der deutschen und polnischen Bourgeois vor Augen zu führen.

Genosse Bernard-Kattowitz schließt sich voll auf den Ausführungen Hanisch's an. Die Handlungsweise der P. P. S. Oberhessens muß eine Aenderung erfahren. Es ist nicht denkbar, daß bei uns nicht möglich sein sollte, dieselbe Einheit herzustellen, wie sie im Bielefelder Bezirk zu verzeichnen ist. Schuld daran trägt naturgemäß die Periode des Plebiszit, denn lange vor dem Kriege schon gab es auch hier zwischen uns und der P. P. S. kein Spalt. Vorbedingung für eine Verständigung ist ein Abstreifen der polnischen Genossen von der Politik des Weltmarktwesens, denn solange dies mitgemacht wird, kann auf der anderen Seite nicht von sozialistischer Zusammenarbeit gesprochen werden.

Genosse Lukas-Bielefeld spricht eingehend zum Stand der Organisation im Bielefelder Bezirk. Der Tätigkeitsbericht des

vorstehenden Genossen, aber wohl deshalb, weil unsere Interessen nirgends aufeinander trafen. Auch zu den Unabhängigen halten wir die Freundschaft, wenn sie auch in letzter Zeit eine gewisse Abkühlung erfahren hat, die es zu bessern gilt. Ich will abschließend nicht viel darüber sprechen, da sich wohl der Hauptreferent in seinem Vortrag ausführlicher mit der Kooperation beschäftigen wird.

Nichts liegt uns sehnlicher am Herzen, als daß es uns gelingen möge, recht bald mit den Völkern Genossen eine organisierte Einheit zu schaffen, die in mancher Hinsicht ihre Organisation nach unserem Muster ausbauen.

Genossen und Genossinnen! Dies wäre der Bericht, den ich ihnen namens der Parteileitung zu unterbreiten habe. Gewiß ist es nicht viel und ich gebe zu, daß besseres hätte geschaffen werden können, wenn alle Mann am Werk ständen. Aber man hat zwar viel von uns gefordert, ohne die Verhältnisse zu berücksichtigen, unter denen wir zu wirken haben. Ich glaube, daß die Parteileitung bemüht war, das Beste zu tun und der gähnende Abgrund liegt wohl hierfür das eindrucksvolle Zeugnis ab. Sie haben ja in der Diskussion die Möglichkeit, uns Fehler zu zeigen und Fingerzeige zu geben, wie wir in Zukunft Besseres schaffen können. Ich entledge mich noch bei dieser Gelegenheit der Pflicht, allen denen zu danken, die mit am Aufbau geholfen haben. Uns ist es klar, welche gewaltige Arbeit wir noch im Interesse des deutschen Proletariats in Polen zu leisten haben. Aber nicht der jeweilige Parteivorstand kann sie leisten, sondern jeder muß das Beste hierzu geben, dann wird auch das Werk gelingen, einen Schritt vorwärts zum Sozialismus. Wir sind innerhalb der polnischen Republik eine so bescheidene Minderzahl, eine Minderheit unter den Minderheiten und von diesem Gesichtspunkt aus muß auch die Tätigkeit der Parteileitung beurteilt werden. Schließen wir uns bis zum kommenden Parteitag fester zusammen und das Werk muß gelingen, wir wollen auf beschränktem Raum trotzdem Bauer einer neuen Zukunft sein.

Den

Kassenbericht

erstattet Genosse Makke, der ein übersichtliches Bild der Parteifinanzen gibt. Die Einnahmen haben die Ausgaben bestritten, ein kleiner Ueberschuß konnte erzielt werden. Wenn die einzelnen Ortsvereine besser mit den Bezirken und diese mit dem Parteivorstand abrechnen würden, könnten manche kritische Situationen behoben werden.

Genosse Ossadnik erklärt namens der Kontrollkommission, daß Bücher und Quittungen übereinstimmen und der Kassenführung Entlastung zu erteilen ist. Die Kontrollkommission ist nur dreimal zusammengetreten und hat die ihr zugewiesenen Aufgaben zur Zufriedenheit der Beteiligten gelöst. Beschwerden gegen den Parteivorstand lagen nicht vor.

Hierauf wurden eine Reihe von Formalitäten erledigt und gegen 1 Uhr in die Mittagspause geschritten.

Vorstandes ist hinsichtlich Teschen-Schlesiens nicht erschöpfend. Die Entwicklung der Partei macht zusehends Fortschritte. Mit allem Eifer ist man bemüht, überall da, wo Ortsvereine noch nicht bestanden, solche ins Leben zu rufen. Nach dieser Richtung kann von einem vollen Erfolg berichtet werden, umso mehr, als die letzten stattgefundenen Wahlen im Bielefelder Bezirk auch einen erheblichen Zuwachs an Stimmen aufzuweisen hatten. Ein ebenbürtiges Ansteigen der Kurve nach oben zeigen die Kulturvereine. So ist insbesondere zu erwähnen, die Sängerbewegung, die neuerdings von frischem Geist befeuert ist, sich ausbreitet auf den größten Teil des Bezirks und nunmehr dem deutschen Arbeiter-Sängerbund in Polen beigetreten ist; weiter verdient hervorgehoben zu werden die Organisation der Touristen „Naturfreunde“. Sie erfreut sich des besten Gedeihens, zumal sich in ihrem Besitz eine, aus sich heraus geschaffene Schutzhütte befindet, die wesentlich zur Ausdehnung der Bewegung beiträgt. Etwas langsamer im Verhältnis zu den anderen Körperschaften, geht die Organisation der Frauen vor sich. Seit jeher schon bildete die Heranziehung und Schulung der Frauen ein schwer zu bearbeitendes Feld. Noch wird die Wichtigkeit und der Zweck der Mitarbeit der Frau nicht im vollen Umfange eingesehen, und dieser Umstand trägt andererseits wieder zur Hemmung der Intensität der Männer bei. Auf diesem Gebiete also harret der Genossin im Bielefelder Bezirk noch eine ungeheure Aufgabe, deren Lösung auch auf die Entwicklung der Jugend- und Kinderfreundeorganisationen einen günstigeren Einfluß ausüben wird. Hieran den Sebel anzusetzen obliegt in erster Instanz den Männern, soweit sie zu unseren Reihen zählen, im Interesse der Partei.

Genosse Buchwald-Königshütte wendet sein Hauptaugenmerk den Kulturvereinen zu, deren Erwähnung auf dem Parteitag seines Erachtens erstmalig erfolgte und nur zu begrüßen ist. Aufgabe der Partei müßte es sein, sich die kulturelle Arbeit zu eigen machen, in derselben Weise, wie man hierzu auch in Deutschland geschritten ist. Es scheint nicht zweckmäßig, lediglich auf die Mitgliedschaft in Partei resp. Gewerkschaft zu pochen und davon die Aufnahme in die Kulturvereine abhängig zu machen; vielmehr sind letztere dazu angetan, selbst die erzieherische Aufgabe zu übernehmen, so daß dann der Partei als auch den Gewerkschaften vorgeschulte Mitglieder zuzuführen sind. Für belagte Vorschulung ist bei uns der Bund für Arbeiter-Bildung geschaffen, der sämtliche Vereine umfaßt und die systematische Erziehung in die Wege leitet. Gen. B. schlägt für eine fruchtbringende, erspriessliche Arbeit das Zusammenwirken von Partei, Gewerkschaft und Bund für Arbeiter-Bildung vor, und hofft, daß auf dieser Basis der Erfolg für die eine sowohl wie für die andere Seite nicht ausbleiben kann, und ersucht diese Frage näher zu erörtern.

Als nächster sprach Genosse Ossadnik-Laurahütte. Eingehend behandelte er die Frage des Zusammenschlusses aller Parteien, wobei er ausgeht, von den Beschlüssen des zweiten Parteitages, wo man der Einigungsfrage besonders große Aufmerksamkeit widmete. Auch der Parteivorstand stand immer auf dem Standpunkt: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ und darnach zu handeln, war er stets bestrebt. Wenngleich die diesbezüglichen Unternehmungen den erwarteten Erfolg teilweise vermissen lassen, so lassen sich doch die ersten Anzeichen der Verständigung nicht von der Hand weisen, sondern berechtigen vielmehr zu der Hoffnung einer baldigen zufriedenstellenden Regelung. — Die Arbeiter-Wohlfahrt wird mit Rücksicht auf ihre augenblickliche Tätigkeit, ob zwar diese nicht gutgeheißen werden kann, auch ihre dadurch bedingte Taktik beibehalten müssen. Sodann verlegt sich Genosse D. auf die Schwierigkeiten der Parteiarbeit innerhalb seiner Gruppe. Laurahütte bedarf der regsten Unterstützung des Parteivorstandes, da gerade dort die Verhältnisse außerordentlich schlecht sind. Und das gilt auch für die im Aufbau begriffene Arbeiter-Jugend, die zwar auf geundeter Grundlage basiert, jedoch infolge Mangels an entprechenden Lokalitäten sich nur langsam entwickeln kann. Demgemäß sei angebracht, von der Gründung neuer Ortsvereine auf

kurze Zeit Abstand zu nehmen, dafür aber intensiv den Ausbau der bestehenden Gruppen in die Hand zu nehmen. In Bezug auf die Maifeier hat der Ortsvorstand bereits selbstständig mit der dortigen Leitung der P. P. S. Fühlung genommen, doch war das Ergebnis negativ, da sich die Genossen der anderen Seite nicht entschließen konnten, gemeinschaftlich mit uns die Feier feiern zu lassen. D. m. g. von der Zentrale der P. P. S. einen Druck auf die unteren Organe ausgeübt zu sehen.

Genosse Dr. Bloch-Kattowitz verbreitet sich auf die Bildung und deren Notwendigkeit für alle unsere Leute, vermöge deren die Arbeit im Allgemeinen erst eine bessere zu werden verspricht. Diese zu vermitteln hat sich der Bund für Arbeiter-Bildung zur Aufgabe gestellt, die er zu erfüllen stets bemüht ist. Bedauerlicherweise erstreckt sich sein Tätigkeitsfeld nur auf Obereschulen, und konnte trotz aller Versuche und Empfehlungen auf Bielitz noch nicht ausgedehnt werden. Die Gründe, die dagegen angegeben werden, sind sehr richtig, und können im Interesse der Sache nicht gebilligt werden. Mit allem Nachdruck seien die Bielitzer noch einmal darauf hingewiesen und um Einführung bei ihnen ersucht. Zur Entwicklung eines gesunden Geistes in der Arbeiter-Kulturbewegung sei zweckmäßig, die Zugehörigkeit aller Mitglieder zur Partei und Gewerkschaft als Obligatorium aufzunehmen.

Genosse Nitzsch-Laurahütte empfindet die Referentenfrage als in der Bewegung sich schlecht auswirkenden Erscheinung. Die zu leistende Arbeit weist eine schlechte Verteilung auf und kann somit nicht wünschgemäß ausgeführt werden. Unumgänglich wird es sein, daß alle zur Verfügung stehenden Kräfte zu einer gewissen Leistung herangezogen werden. Auch er ist der Ansicht des Gen. Osadnik betr. die Lokalführerfrage, deren günstige Erledigung auch die Partei wie die Gesamtbewegung einen großen Schritt vorwärts zu bringen in der Lage ist. Eine nachdrückliche Klage verdienen die Genossen der polnisch-sozialistischen Partei, deren Handlungsweise gerade jetzt wieder ausreichend zu denken geben. So werden beispielsweise Leute unserer Partei, die direkten Anteil nahmen an den Wahlkämpfen zur Kommune, von ihnen, soweit sie Komit als Betriebsräte inn haben, ohne Zögern von den Hütten und Gruppen zur Entlassung preisgegeben. Auf diese Weise den Vertretungsgedanken zu pflegen scheint auf absehbare Zeit unmöglich.

Zur Organisation am Lande sprach Genosse Kaima-Eichenau. Niemand verpönt vielleicht mehr den Mangel an Referenten, als namentlich die ländlichen Gruppen. Hier muß baldige Abhilfe geschaffen werden; die Einrichtung von Referenten ist dringend geboten, wozu trotz der früheren Anträge noch nicht geschritten wurde.

Genosse Sack-Myslowitz spricht seine Zufriedenheit mit dem Gang der Bewegung aus. In alle Delegierten richtet er den Appell, sich hauptsächlich die Jugend angelegen sein zu lassen.

Genosse Raskke-Bielitz erörtert zunächst die Angelegenheit des Bundes für Arbeiter-Bildung in seinem Bezirk. Obwohl man von der Einführung dessen einstweilen Abstand nehmen mußte, blieb doch nichts unverloren, diese Lücke auszufüllen. So besteht seit circa 4 Jahren eine Redner- und Parteischule in

Bielitz, mit deren bisherigen Erfolgen man ohne weiteres zufrieden sein kann. Trotzdem aber soll natürlich auch die Einrichtung des B. i. A. B. ernstlich in Erwägung gezogen werden. Raskke empfiehlt ferner die Schaffung von Arbeiter-Abstinenzgruppen. Es könnten durch die Groischen, die für geistesstörende Getränke ausgegeben, so manche Heime geschaffen werden. Dadurch wäre ein doppelter Nutzen, indem vorerst der Arbeiter seine Gesundheit schon und weiter Werte geschaffen werden könnten, zu denen wir sonst niemals kämen.

Genosse Dzumbla-Königshütte richtet sich vorwiegend gegen die Verlegung einzelner Führer auf besondere Sportzweige, während unbedingt wichtigere Sachen in den Hintergrund gestellt werden. Mit der Tätigkeit der Arbeiter-Jugend können wir voll auf zufrieden sein. Einer scharfen Kritik unterzieht er die Tätigkeit der beiden Abgeordneten zum Schlesischen Sejm, besonders bezüglich der Ablieferung der Diäten, die ganz der Partei zur Verfügung gestellt werden sollen.

Genossin Kowoll-Kattowitz bringt jetzt einen Antrag ein, auf Schließung der Rednerliste. Er wird bei der Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen, obwohl einzelne Delegierte auf volle Diskussionsfreiheit waren.

Jugendgenosse Kowall-Königshütte bedauert, daß in Parteikreisen der Jugendbewegung viel zu wenig Interesse entgegengebracht wird. Seitens des Vorstandes müßte hier mehr Intensivität gezeigt werden, vor allem sollten die älteren Genossen hier auf den Plan treten.

Genossin Janta-Kattowitz spricht zu der Arbeiterwohlfahrt. Sie bedauert es sehr, daß man die Wohlfahrt fast allgemein für einen Unterstützungsverein halte.

Gen. Martin Kurze-Königshütte spricht über die Entwicklung der Partei in der Abstimmungszeit, die hier verheerend gewirkt habe. Weiter, daß in den Kulturvereinen die Partei wenig Beachtung finde. Er stellt schließlich den Antrag, daß es zur Pflicht gemacht werden müsse, daß alle Mitglieder dieser Vereine der Partei angehören.

Gen. Müller-Bielitz geht allgemein auf das vorher gesagte ein und ist der Ansicht, daß in der Partei eine bessere Arbeitsteilung erfolgen müsse, damit alle die Partei interessierenden Fragen reiflos erfaßt werden.

Gen. Bernard-Kattowitz wünscht, daß der Freidenkerbewegung mehr Interesse geschenkt wird als bisher. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

In seinem Schlusswort führt Genosse Kowoll aus:

Ich brauche mich nicht im einzelnen mit den Ausführungen der Diskussionsredner zu befassen, sie haben alle den Fortschritt in der Bewegung anerkannt. Wir haben uns im Parteivorstand nie eingebildet, daß wir alle zufriedenstellen werden. Es sind nur drei Punkte besonders in Erscheinung getreten, auf die ich hier näher eingehen will. Meine Voraussetzungen bei der Behandlung der Jugendfrage waren richtig, man wußte, daß hier die Angriffe erfolgen werden. Aber die Genossen übersehen, daß die Jugendfrage eine Finanzfrage ist. Ohne Geld ist hier nichts zu machen und ich muß sagen, wenn die Jugend sich auch gründlich geändert hat, so ist sie lange nicht das, was

wir von ihr erwarten. Im Parteivorstand waren wir bemüht helfend einzugreifen, wo es nur möglich war. Wenn sich der Jugend selbst nicht ältere Genossen zur Verfügung stellen, so können wir sie nicht einfach abkommandieren, denn damit wäre auch der Jugend wenig gedient. Die Schwierigkeiten liegen in der Hauptsache in der Beschaffung von Unterkunftsräumen und das sind Geldfragen, die nicht mit Wünschen zu lösen sind. Ohne Unterkunftsräume gibt es eben außer Kattowitz, Königshütte und dem Bielitzer Bezirk keine Jugendbewegung. Ich habe die Tätigkeit und Entwicklung der Jugend immer nach dem eingeschätzt, was sie hat und wenn irgend einer Ursache hätte, sich über den Damm, der mir zuteil wurde, zu beschweren, dann bin ich es. Aber nicht Vergangenes trage ich nach, sondern unterstreiche nochmals, daß wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht, um der Jugend zu helfen.

Was von der Jugend gesagt wurde, muß auch von der Kinderfreundebewegung gesagt werden. Raum- und Geldfragen hindern ihre Ausdehnung und wie wir hier über die Schwierigkeiten hinwegkommen, weiß ich nicht, glaube aber, daß die Zeit eine günstige Lösung bringen wird.

Und nun einige Worte zu den Angriffen auf die Tätigkeit der Abgeordneten. Die Genossen verkennen unsere Stellung, wir selbst sind mit dieser parlamentarischen Tätigkeit am meisten unzufrieden, indem wir dem Wunsch der Parteigenossen folgend, immer neue Situationen schaffen, die uns lahm legte. Was mich betrifft, so kann ich ruhigen Gewissens sagen, daß ich immer dort zur Stelle war, wo die Pflicht mich rief. Ich kann über die Arbeitsschraft anderer nicht disponieren, aber zu Unrecht greift man hier den Genossen Buchwald wegen seiner Sporttätigkeit an, denn auch diese muß von jemanden befruchtet werden. Auch ich wünsche, daß er sich mehr gewerkschaftlich betätigt, aber darüber können nicht wir, sondern seine Organisation zu Gericht sitzen. Ich wünsche, daß die Genossen in der Agitation ebenso rege wären, wie in der Kritik, dann würden wir auch bei den Wahlen besser abschneiden und damit durch mehr Mandate auch eine bessere parlamentarische Tätigkeit entwickeln können.

Ich überblicke die Kulturbewegung nicht, aber ich finde in ihr den Grundstein, auf welchem man fortbauen kann. Daß es dort nicht alles so aussieht, wie wir dies vom Parteivorstand aus wünschen, ist bedauerlich, doch müssen wir hier der Zeit folgen und nicht unser unüberwindliche Tradition, wie sie einigen Genossen vorherrscht. Ich habe mich immer an jene Möglichkeiten gehalten, die zu erfassen waren und ich wünsche einmal die Genossen zu sehen, die in der Agitation besseres geleistet haben. Wir irren uns gewaltig, wenn wir glauben, nur mit der Partei allein wirken zu können. Jede Bewegung in unsere Bahnen zu lenken, ist unsere Aufgabe, daß es nicht so schnell geht, ist nicht unsere Schuld.

Seien Sie Genossen und Genossinnen etwas ehrlicher und sie werden zugeben, daß sie der Fortschritt durchaus befriedigt hat. Wir wollen versuchen mehr zu geben, aber dann nicht als einzelne, sondern alle zusammen und die Früchte werden uns die Arbeit belohnen. In diesem Sinne zu wirken, nicht nur zu kritisieren, sollten alle Genossen bemüht sein.

(Fortsetzung siehe 2. Blatt.)

Deutsche Theater-Gemeinde

für Polnisch-Schlesien
Stadttheater Katowice
Telefon 1647

Dienstag, den 19. April, abends 7 1/2 Uhr:

Abonnement A

Stöpsel

Schwank in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach

Mittwoch, den 20. April, abends 7 1/2 Uhr:

Gastspiel Leo Slezak

Othello

Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi

Sonntag, den 24. April, nachm. 3 1/2 Uhr:

Gastspiel des Bielitzer Operettensembles

Adieu Mimi

Operette in 3 Akten von Dr. Ralph Benatzky

Sonntag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr:

Gastspiel des Bielitzer Operettensembles

Die Zirkusprinzessin

Operette in 3 Akten von Emmerich Kálmán

Montag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr:

Abonnement B

Gespenster

Tragödie von Henryk Sienkiewicz

Montag, den 25. April, abends 10 Uhr:

Tanz-Gastspiel Martha Welsen

Am Flügel: Kapellmeister Simon

Freitag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr:

Benefiz- und Abschiedsvorstellung für das Ensemble der Ver. Bühnen

Mona Lisa

Oper von Max von Schillings

Globin die Edel-Schuhkrem

Fritz Schulz jun. G.m.b.H., Danzig

Fabrikniederlage Katowice, ul. Slowackiego 39

Telefon Nr. 2592



Ihr Vermögen ist die Gesundheit!

Es liegt an Ihnen, wie Sie dieses Vermögen verwalten, ob Sie es in leichtsinniger Weise vergeuden oder ob Sie damit vorsorglich haushalten. Allgemeine Müdigkeit, Abspannung der Nerven und Kopfschmerz sind die ersten Anzeichen dafür, daß Ihr wertvollstes Gut, die Gesundheit, in Gefahr ist. Um Ihre Nerven zu schonen, müssen Sie Ihre berufliche Tätigkeit nicht unterbrechen, Sie können sich auf andere Weise helfen. Tragen Sie an Ihren Schuhen **Berson Gummiabsätze und Gummisohlen** und Sie werden sofort merken, wie wohlthuend das Gehen mit **Berson** auf Ihre Nerven wirkt. Denn **Berson** verhindert die fortwährenden Erschütterungen, welchen der Körper und das Nervensystem beim Gehen mit hartem Lederabsatz ausgesetzt sind. So nebensächlich Ihnen diese Tatsache erscheinen mag, so wichtig ist Sie für Ihr Wohlbefinden. Dies wird jeder Arzt bestätigen. Aber nicht nur die Rücksicht auf Ihre Gesundheit macht Ihnen das Tragen von **Berson Gummiabsätzen und Gummisohlen** zur Pflicht, sondern auch Ihr wirtschaftlicher Vorteil, denn **Berson** ist infolge seiner großen Haltbarkeit viel billiger als Leder.

B E R S O N
ist angenehm zu tragen, dauerhafter und billiger als Leder.

Central-Hotel · Kattowitz

Dworcowa 11 (Bahnhofstraße)

Treffpunkt aller Gewerkschaftler und Genossen

Angenehmer Familien-Aufenthalt :: Gesellschafts- und Versammlungsräume vorhanden

Gutgepflegte Biere und Getränke jeglicher Art
Vortrefflicher Mittagstisch. Reiche Abendkarte

Um gest. Unterstützung bittet die Wirtschaftskommission

J. A.: August Dittmer

Inserate in dieser Zeitung haben stets den besten Erfolg!



Wir wollen nicht überreden,
sondern überzeugen. Lassen
Sie Ihre Drucksachen in der
Druckerei „Vita“ anfertigen
u. Sie werden überzeugt sein!
Saubere Ausführung! Rasche
Lieferung! Billigste Preise!

„Vita“ Naklad DrukarSKI
Katowice, ulica Kościuszki Nr. 29 - Telefon Nr. 2097



Die politische Lage und die Aufgaben der DSAP.

Genosse Dr. Glucksmann führt aus:

Die Aufgabe, die taktischen Richtlinien unserer Partei vorzugeben, ist nicht leicht im Hinblick auf den sowohl im internationalen, wie auch im staatlichen Maßstabe schwerwiegenden Augenblick, in welchem unter 3. Parteitag diese Aufgabe zu lösen berufen ist.

Die mit Kriegsausbruch begonnene Wirtschaftskrise hat sich zu einem gigantischen Weltproblem entwickelt. Die Grundursache der fortwährenden Wirtschaftskrise liegt in den Unzulänglichkeiten des heute schon für alle Kreise unerträglichen kapitalistischen Wirtschaftssystems, das durch den Weltkrieg in seinen Grundlagen erschüttert wurde. Der Versuch, mit Hilfe von Kartellen Herr der Lage zu werden, schlug fehl und seitige nur den „Erfolg“, daß die Kartelle diktatorisch die Preise in die Höhe treiben konnten. Die protektionistischen Zölle schränken nicht nur favorisierte Wirtschaftskreise und schaden den Millionen der Konsumenten.

Eine Verringerung der Wirtschaftskrise könnte nur ein radikaler Abbau des Militarismus und der Rüstungen herbeiführen und gleichzeitig für den produktiven Wiederaufbau Millionen freimachen. Diese notwendige Maßnahme wird aber, wie die jüngste „Krisenkonferenz“ beweist, noch lange auf sich warten lassen, da jede kapitalistische Regierung genügend Motive findet, den einseitigen Militarismus als unentbehrlich hinzustellen.

Die natürliche Folge der immer mehr anschwellenden und durch die Staatseinnahmen unbedeckten Militärbudgets ist die Verschärfung Europas, die die einzelnen Staaten zu Geiseln der internationalen Hochfinanz herabwürdigt.

Polen bildet in diesem Gesamtbild keine Ausnahme. Auch die Epoche der „moralischen Sanierung“ hat bisher nicht einmal die Aussicht auf eine durchgreifende Gefühls- und Verhältnissbesserung gebracht.

Pilsudski gelang es im Mai 1926 mit Hilfe der ihm treuen Armee und mit Unterstützung der Arbeiter- und radikalen Bauernparteien der Chjeno-Ritos-Regierung die Macht gewaltsam zu entreißen. Mißwirtschaft, Geldentwertung, Korruptionssystem, Verschwendung von Staatsgeldern, welche durch die chjenoistischen Parteien betrieben wurden, schufen in Polen beispiellose Zustände, die mit einem jähen Bankrott der Staatsfinanzen und der Volkswirtschaft enden mußten. Die Kämpfe mit dem unbegleiteten Siege Pilsudskis haben in den breitesten Volksschichten gar manche Hoffnungen geweckt und man glaubte, daß nun eine Ära der weitgehendsten Demokratie, der breitesten Volkswohlfahrt eintreten müßte. Aber

alle Hoffnungen zerfielen zu nichts.

Der Sejm wurde trotz der offiziell festgestellten Unfähigkeit nicht aufgelöst. Die Wirtschaftsmethoden erfuhren keinerlei Veränderung. Steuer-, Zoll-, Post- und Monopolgeschrauben wurden nur noch mehr angezogen. Das Budget, die Ausgaben für Militär und Polizei wurden erhöht. Die Unterlassung des Ausfuhrverboies für Mehl und Getreide führte naturgemäß zur Preissteigerung und die Steuerungsstelle stellte sich folgerichtig ein.

Polen blieb, wie es war,

das Land des teuersten Brotes und der niedrigsten Löhne.

Die Arbeitslosigkeit ging während des englischen Bergarbeiterstreikes vorübergehend zurück, um nach Beendigung desselben erneut wieder in die Höhe zu schnellen. So sind Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Auswanderung von Arbeitskräften eine dauernde Erscheinung in unserem Staatswesen geworden und auch die Wohnungsnot blieb im bisherigen katastrophalen Umfange aufrecht. Die Gehalts- und Lohnforderungen der Beamten und Arbeiter fanden nur ganz unzulängliche Berücksichtigung.

Es bleibt nunmehr die Frage zu beantworten,

welche Stellung haben wir der Regierung gegenüber einzunehmen.

Angeichts der Zersplitterung der Arbeiterklasse Polens in eine Unmenge von Parteien ist an eine Machtübernahme nicht zu denken. Auch die Teilnahme an einer Koalitionsregierung kommt

für die sozialistischen Parteien nicht in Frage, nachdem die Anhänger der Pilsudskis das Parteiwesen negieren. Es kommt somit nur — auch mit Rücksicht darauf, daß der größte Teil der Regierungsaufgaben arbeitserfindlichen Charakter trägt — ein Zustand der

konsequenten Opposition

in Frage, welche Forderung auch im Sinne der Beschlüsse der zentralen Gewerkschaftskommission in Warschau gelegen ist. Notwendig wäre es allerdings, daß solche taktische Beschlüsse gemeinsam von allen sozialistischen Parteien des Landes gefaßt würden. Seit Jahren bemühen wir uns um die Schaffung einer

kleinen Internationale im Staate,

wie diese auch in Österreich bestand und der Sozialdemokratie so ungeahnt reichen Aufschwung gebracht hat. Und warum? Weil zur Vertretung der Arbeiterinteressen neben Adler die mächtigste Persönlichkeit eines Deszendants, Starewicz stand. Wenn trotz jahrelanger Bemühungen unsererseits und des Bund diese Frage um keinen Schritt näher gebracht wurde, so ist doch wenigstens eines möglich: Schaffung einer Kooperation, einer Zusammenarbeit in wichtigen, entscheidenden Momenten. Von einer Teilnahme der Kommunisten in diesem Körper wäre unbedingt abzusehen, weil diese jede unserer Aktionen für ihre eigenen strategischen Zwecke ausbeuten würden. Wird es innerhalb der sozialistischen Parteien zu dieser Kooperation nicht kommen, dann werden die sozialistischen Parteien als Spielball der zahlreichen Gegner zersplittern. Es bleibt somit wie bisher die heiligste Aufgabe des neuen Parteivorstandes, diese Aktion mit aller Konsequenz fortzusetzen.

Eine unserer wichtigsten Forderungen ist und bleibt die Forderung nach national-kultureller Autonomie für die Minderheitsnationen, die wir als erste Partei mit allem Nachdruck erhoben haben. Der immer mehr eskalierende Schacher um die Seelen der Kinder muß ein Ende finden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß Eltern ihre Kinder ernähren und mit den schwersten Mühen aufziehen müssen, bis schließlich irgendeine Kommission entscheidet, welche Schule ihr Kind zu besuchen hat. Selbstverständlich müßte in dieser Frage den Eltern freie Hand gelassen werden, frei von jedem politischen Druck. Es ist zu wünschen, in welchem nationalen Kataster sie eingereiht zu werden wünschen. Ebenso wäre die Frage der Herbeischaffung der Geldmittel auf dem Wege einer eigenen Kultussteuer zu lösen.

Die Autonomie der schließlichen Wojewodschaft ist seit Beginn, insbesondere aber nach den Kommunalwahlen in Polnisch-Schlesien harten Angriffen ausgesetzt. Ebenso die Wahlordnung in den Wojewodschaften.

Die moderne Entwicklung der Staaten aber geht in der Richtung des Ausbaues

der Landes- und Gemeindeautonomien.

Die wirtschaftliche Bemerkung unserer Wojewodschaft macht eine autonome Verwaltung dieses Landes notwendig. Wir müssen daher mit allem Nachdruck verlangen, daß sowohl die Wojewodschaftsautonomie, wie auch die Wahlordnung aufrechterhalten bleiben.

Die reaktionären Parteien und die Regierung planen, eine für die nationalen Minderheiten und die Arbeiterklasse katastrophale

Verschlechterung der Wahlordnung

herbeizuführen. Schon das bestehende Wahlsystem brachte den nationalen Minderheiten nicht jenen Grad der Vertretung, der ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechen würde. Die geplante Wahlordnung bedeutet eine weitere Entrechtung der Minderheitsnationen und insbesondere der Arbeiterklasse. Es ist unsere Pflicht, mit der P. P. S. und den übrigen sozialistischen Par-

teien den schärfsten Protest gegen jedwede Verschlechterung zu erheben.

Der 3. Parteitag wird auch zu der Frage Stellung nehmen müssen, wie wir uns bei den

kommenden Sejmwahlen

zu verhalten haben werden. Bei den letzten Wahlen zum Warschauer Sejm ging fast jeder unserer Bezirke seinen eigenen Weg. Im Teschener Schlesien vereinigten wir unsere Stimmen auf den dortigen Kandidaten der P. P. S. In Oberschlesien ließ die Partei ihren Mitgliedern freie Hand, während unsere Lodzer und Bromberger Genossen sich dem Minderheitenblocke anschlossen. Um ein Zusammengehen mit der P. P. S. herbeizuführen, haben wir und der Bund eine Verständigung mit der P. P. S. gesucht. Bisher ohne Erfolg. Auch die Frage der Schaffung eines Blockes der sozialistischen Minderheitsparteien wurde bereits ventiliert. Hier stehen die Ausichten bei weitem günstiger. Vertreter der östlichen Minderheiten regten an, daß dieser Block als ganzes sich eventuell dem Minderheitenblocke anschließen könnte. Die Frage einer größeren Vertretung für die Sozialdemokratie im nächsten Sejm ist gerade deshalb von besonderer Bedeutung, weil diesem die Revision der Verfassung obliegen wird. Andererseits wäre es unverantwortlich, wollten wir wie bisher auf die parlamentarische Repräsentation verzichten, da die außerparlamentarischen Aktionen in den heutigen Zeiten nicht genügen, um den Arbeiterinteressen den erforderlichen Nachdruck zu sichern.

Die Kooperation mit den übrigen sozialistischen Parteien tut auch aus dem Grunde dringend not, um mit gemeinsamen Kräften gegen die immer stärker hervortretende

Repressionen

anzukämpfen. Es kam so weit, daß Abgeordnete ohne in flagranti erfaßt zu werden, verhaftet wurden, daß ganze oppositionelle Parteien im Verordnungswege aufgelöst wurden, in dessen sich der Monarchismus und Faschismus trotz ihres antirepublikanischen Aktionsprogrammes frei und ungehemmt entwickelten. Es kam noch ärger: Die führenden Persönlichkeiten der Liga für Menschen- und Bürgerrechte wurden einer strafrechtlichen Verfolgung unterzogen wegen ihres Anrufes, in welchem sie eine Reform des grausamen Polizeisystems und die Beilegung der Provokation und schließlich die Amnestie für politische Häftlinge forderten. Es ist unsere heiligste Pflicht, auf diesem Parteitage den schärfsten Protest gegen die politischen Verfolgungen zu erheben und

die allgemeine politische Amnestie

zu verlangen.

Wir kommen daher wie auf dem zweiten Parteitage zu der Überzeugung, daß allen unseren Forderungen nur dann ein Erfolg beschieden werden kann, wenn es uns gelingen sollte, alle auf polnischem Territorium wirkenden sozialistischen Parteien in einer Kampffront

zusammenzuschließen. Daher muß der kommende Parteivorstand als dringende Pflicht die Anbahnung dieses Zusammenschlusses aufgelegt werden.

Mit dem Referat des Genossen Dr. Glucksmann wird der erste Verhandlungstag gegen 7 1/2 Uhr abends beendet. Das Referat wurde mit begeistertem Applaus aufgenommen. Nach einem kurzen Dank vom Verhandlungsleiter an den Referenten, machte Genosse Buchwald auf die Abendveranstaltung des Bundes für Arbeiterbildung aufmerksam und bräute den Wunsch aus, daß sich die Delegierten hieran vollständig beteiligen. Über die Veranstaltung selbst berichten wir an anderer Stelle.

Die Abendveranstaltung des Bundes für Arbeiterbildung

Der erste Abend unserer Parteitagung vereinigte alle Anwesenden und noch viele andere Gäste zu einem sogenannten „Bunten Abend“ des Königshütter „Bundes für Arbeiterbildung“. Das Programm brachte in schöner Reihenfolge Darbietungen, bei welchen sämtliche Kulturkreise unserer Partei zu Worte kamen. Der bis aufs letzte Plätze gefüllte Saal des Volkshauses zeugte von dem Interesse und der Beliebtheit weitester Kreise für unsere Vorführungen.

Zunächst sei der wackeren Hauskapelle der Arbeiterjugend gedacht, die unter der bewährten Leitung des Genossen Deckert den musikalischen Teil des Abends bestritt. Dazu gesellten sich als Zweites auf dem Gebiete der Sangeskunst die „Arbeiterliederer“, die sowohl gemischte, als auch Einzelchöre vortrefflich zu Gehör brachten. Kampflieder wechselten mit Stimmungs- und Wanderliedern ab; besonderer Dank gebührt dem Genossen Pawellek, der den Chor sicher leitete. Dieser selbst zeichnete sich durch gute Stimmen vorteilhaft aus, was wiederum vorzüglich dem Frauenchor gilt.

Die Turnerinnen zeigten rhythmische Übungen, die Anmut und Kraft verrieten und bewiesen, daß Körperlichkeit nur durch Körperkultur erzeugt werden kann. Im Gegensatz dazu erbrachten die Turner turnerische Vorführungen am hohen Red, die tatsächlich an Akrobatik herangrenzten. Bemerkenswert ist die Leichtigkeit und Grazie, mit der auch die schwierigsten Nummern bewältigt werden. Nur sollte man beim Abspringen für Schutz sorgen.

Die Arbeiterjugend trat mit einem symbolischen Spiel auf, in welchem sehr sinnvoll die alte von der neuen Zeit abgelöst wird. Alle Mitwirkenden (die Namen sind leider nicht bekannt) waren bemüht, ihren Aufgaben voll auf gerecht zu werden. Sehr wirksam war dann das Schlußbild, das die Arbeiterjugend mit Jodeln, die Internationale singend, darstellte. Außerdem trug der Jugendgenosse Kowalczyk einen inhaltreichen Prolog sehr gut vor.

Die „Kulturfreunde“ warteten mit einigen sehr hübschen Volkstänzen auf, die auch Geschmeidigkeit und Anmut bewiesen.

Den besten Anteil aber trugen die Kinder davon. Ein sehr fein gesprochenes Gedicht „Vom Frühling in uns selbst“ und die Erzählung vom „Käsepfaffen“ gefielen außerordentlich. Von gutem Erfolg aber zeigte sich das reizende Spiel der vier Jahreszeiten, die sich um den Vorrang streiten. Geschmackvolle Kostüme und geschickt eingefasste Tänze belebten das Ganze.

Genosse Kurze wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Entwicklung der einzelnen Kulturvereine hin und streifte auch kurz die Bedeutung derselben. Wir können nicht umhin, gerade an Hand der Sonntag-Aufführung noch etwas näher darauf einzugehen. Gewiß sind diese Kulturkreise nicht die Hauptsache in unserer Parteiorganisation. Aber sie sind eine sehr schöne Zugabe und vermögen, wenn sie etwas leisten, den Parteimitgliedern wirklich frohe Stunden zu bereiten. Gerade der Proletarier, der sich bei seinem hohen Lohn keine großartigen Kunstgenüsse leisten kann, muß es doppelt begrüßen, wenn im Rahmen der Partei oder Gewerkschaft Veranstaltungen stattfinden, die seinen müden, forgnollen Geist für kurze Zeit dem Alltag entziehen und freundlicheren Dingen zuführen.

Es sollte ein jedes Mitglied der Partei und Gewerkschaft bestrebt sein, wenigstens in einem der Kulturvereine tätig mitzuwirken, seinen Anlagen entsprechend, andererseits sollen natürlich die Mitglieder der Kulturvereine (und dies trifft ja nur für Gesang- und Turnvereine zu), soweit sie nicht organisiert sind, dies baldmöglichst nachholen.

Wie uns gerade die Königshütter Darbietung so recht deutlich zeigte, kann eigentlich so Jeder auf seine Rechnung kommen. Den sportliebenden Mitgliedern ist ja in weitestem Maße dazu Gelegenheit gegeben, sich zu betätigen. Und neben der Annehmlichkeit und Liebhaberei des Sports ist natürlich in allererster Linie auch die hygienische Seite nicht zu vergessen. Turnen ist heilsam, kräftigt den Körper und veredelt ihn. Bei dieser Gelegenheit an die Frauen ein besonderes Wort. Gerade diesen sei der Sport des Turnens besonders empfohlen. Und es ist auch sicherlich der Fall, daß viele der Genossinnen es tun würden, wenn sie nicht eine gewisse Scham, die leicht erklärlich ist, zurückhalten würde. Vielleicht bemächtigt sich einmal die Leitung der Turnerei dieses Problems. Es würde sich lohnen!

Auch die Gesangsvereine, die ja so erfolgreich im Auf-

blühen begriffen sind, haben in bezug auf den Gesang selbst den Vorzug, daß sie nicht nur das Herz erfreuen, sondern durch richtiges Ein- und Ausatmen auch die Lunge kräftigen. Darum singe, wenn Gesang gegeben!

Wenn wir dann noch die Schachvereine, Naturfreunde, eventuell auch Schwimmvereine betrachten, so kann wirklich jedes Mitglied reichlich wählen, wo es am liebsten sein möchte. Oder man kann auch überall drinstecken. Das Hauptaugenmerk aber sei doch, besonders von den Eltern, auf Jugend und Kinderfreunde gerichtet. Diese sind zweifelsohne der wichtigste Zweig der Kulturvereine, sind aber auch am schwersten zu bearbeiten. Wenn die Genossen und Genossinnen nur im entferntesten ahnen würden, wieviel Zeit und Mühe erforderlich ist, um so ein kurzes Spiel den Kindern beizubringen. Wochenlang vorher übt und paukt man, die ganze Aufführung aber dauert 20 Minuten und die Zuschauer merken nichts von der Arbeit. Oder aber die Handfertigkeiten, die ja auch von den Delegierten in Augenschein genommen werden konnten. Wieviel intensive Mühe erfordern sie und wie niedrig wird gerade diese Tätigkeit eingeschätzt. Dasselbe gilt zum Teil auch für die Jugend. Auch hier sollte von Seiten der Parteimitglieder viel mehr Interesse entgegengebracht werden. Es sollte eigentlich jedes Elternpaar, das unseren Anschauungen huldigt, von selbst so weit sein, um die Notwendigkeit der Einreihung ihres Nachwuchses in diese beiden Institutionen zu erkennen.

Die Königshütter Aufführung hat am deutlichsten gezeigt, wie viel jeder der Kulturvereine sich zu geben imstande ist und was jeder Verein bedeutet. Sie hat aber auch klar bewiesen, wie gut sie in gemeinsamer Arbeit zu wirken imstande sind. Der Beifall und die frohe Stimmung der Teilnehmer sind das beste Zeugnis für den Erfolg.

Darum sei nochmals an die gesamte Mitgliedschaft der Partei und Gewerkschaften appelliert, an den Kulturbestrebungen der D. S. A. P., die im „Bund für Arbeiterbildung“ verkörpert sind, regsten Anteil zu nehmen. Von dieser Stelle aus sei allen denen, die zum Gelingen des Abends beigetragen haben, der herzlichste Dank abgestattet und die Gewißheit ausgesprochen, daß ihre Arbeit voll gewürdigt wird. Bei dieser Gelegenheit sei auch rühmend des Stadtgärtners H a n n i c h gedacht, der die geschmackvolle Ausschmückung des Saales ausgeführt hat.

M. A.

Der zweite Verhandlungstag

Kurz nach 9 Uhr wird in die Verhandlungen eingetreten, die Genosse Buchwald leitet. Zunächst erstattet namens der Mandatsprüfungskommission Genosse Saniß den Bericht, die festgestellt hat, daß 129 Delegierte, auswärtige 9 Gäste und 17 Mitglieder des Parteivorstandes vorhanden sind, unter den Delegierten 15 Frauen. Davon entfallen auf den Bezirk Oberschlesien 93, auf Bielsk, Tschelisch-Schlesien 32 und 4 auf den Bezirk Pommern, an Gastarten sind 89 abgegeben worden. Anwesend waren über 350 Personen. Die Parteitag beschließt, die Mandate für gültig zu erklären.

Vor Eintritt in die Diskussion über das politische Referat begründet Genosse Dr. Glüsmann eine Resolution, die die Forderungen der Partei zusammenfaßt. Sie gelangt später auch zur Annahme. Sie setzt sich aus einer Prinzipienklärung und einem zusammenfassenden Teil der Forderungen zusammen, welcher letztere wir hier wiedergeben, um nicht nochmals das Referat im wesentlichen wiederholen zu müssen.

Die Resolution

In Erwägung des im politischen Referat geschilderten Sachverhalts beschließt der 3. Parteitag der D. S. A. P.:

- a) Die D. S. A. P. schließt sich den Beschlüssen der zentralen Gewerkschaftskommission in Warschau in Bezug auf die konsequente Opposition zur Regierung der „moralischen Einierung“ an.
- b) Gemäß den Abrüstungsbestrebungen der sozialistischen Arbeiter-Internationale fordert der 3. Parteitag den Abbau der Rüstungen und eine wesentliche Herabsetzung der Militärdienstzeit.
- c) Zwecks Festigung der Friedensbestrebungen und Sicherung der Wirtschaft, erachtet der 3. Parteitag als unablässig den Abbau von Handelsverträgen mit den Nachbarstaaten.
- d) Um einer weiteren Verelendung der Arbeitermassen entgegenzuwirken, beschließt der 3. Parteitag:
 1. Die D. S. A. P. wird einvernehmlich mit den Klassengewerkschaften und den sozialistischen Parteien Polens gegen jeden Versuch, die sozialen Erwerbsbedingungen abzubauen, entschieden anzukämpfen.
 2. Sie wird für den Ausbau der sozialen Einrichtungen und zwar durch Einführung der Altersversorgung in ganz Polen, sowie durch Zentralisierung der verschiedenen sozialen Versicherungs-zweige, ferner

3. für die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preisverhältnisse (Reallohn) den beharrlichsten Kampf führen.

e) Der 3. Parteitag erhebt den schärfsten Protest:

1. gegen das Repressionsystem, welches gegen die Arbeiter- und Bauernparteien und gegen die nationalen Minderheiten gerichtet ist;
2. gegen die Illegalisierung der oppositionellen Arbeiter- und Bauernparteien bei gleichzeitiger Freiheit für den Monarchismus und Faschismus und verlangt

eine allgemeine Amnestie für politische Häftlinge!

f) Der 3. Parteitag der D. S. A. P. erhebt den entschiedenen Protest gegen jede weitere Verschlechterung der Wahlordnung. — Im Hinblick auf die bestehende Wahlordnung, noch mehr auf die geplante Wahlreform ermächtigt der 3. Parteitag die Parteileitung zum Abschluß eines Wahlbundes, der den Interessen unserer werktätigen Bevölkerung volle Geltung sichern würde.

g) Der 3. Parteitag protestiert ebenso entschieden gegen den Abbau der im Genfer Vertrage, wie auch im organischen Statute Schlesiens verbrieften Autonomie, gegen die Verschlechterung der Wahlordnung zum Wojewodschaftsejm.

h) Der 3. Parteitag der D. S. A. P. beauftragt die Parteileitung, im Verbande mit den sozialistischen Parteien Polens den Kampf für die Eroberung der nationalkulturellen Autonomie unermüßlich zu führen.

Eine Voraussetzung eines erfolgreichen Klassenkampfes in Polen bildet die Kooperation der auf polnischem Territorium wirkenden sozialistischen wie auch radikalen Bauernparteien. — In Anbetracht dessen beauftragt der 3. Parteitag der D. S. A. P. die neuwählende Parteileitung die Aktion, deren Endzweck in der Kooperation der sozialistischen Parteien Polens liegt, unermüßlich bis zur Verwirklichung fortzuführen.

Um einen rascheren Gang der Verhandlungen zu ermöglichen, einigt sich der Parteitag darauf, das Referat des Genossen Pantrach und den Bericht der Pressekommission, Genosse Sowa, sofort zu hören, um dann über diese Punkte gemeinsam die Diskussion zu eröffnen.

Organisation, Agitation und Presse

Genosse Pantrach-Bromberg führt aus, das Thema „Organisation, Agitation und Presse“ ist von einer ähnlichen Wichtigkeit wie das Thema über die „Aufgaben der Partei“. Vor allem interessiert uns der erste Punkt „Organisation“, da die Punkte „Agitation“ und „Presse“ zum Teil nur die Folge einer guten Organisation sind, bzw. sich gegenseitig ergänzen. Das wichtigste ist aber, daß die Organisationsfrage für uns außerdem eine Zukunftsfrage von einschneidendster Bedeutung ist, da sie über die Einigung der beiden deutschen sozialistischen Organisationen in Polen Klärung schaffen soll und vor allem das Zentrum unserer Bewegung bestimmen soll.

Von welcher Wichtigkeit eine gute Organisation ist, braucht nicht besonders erörtert zu werden. Wir sehen es an zahlreichen Beispielen aus der sozialistischen Bewegung aller Länder und vor allem aus der Geschichte der Sozialdemokratie Deutschlands, die es infolge ihrer strengen Organisation in wenigen Jahrzehnten aus nichts zur größten und schlagkräftigsten sozialistischen Partei der Welt gebracht hat.

Wir brauchen uns heute eigentlich nicht über die Frage der Organisation zu unterhalten, haben wir doch seit dem letzten Landesparteitag, der in Bielsk am 7. und 8. Dezember 1924 stattfand, unsere Organisationsstruktur. Seit dieser Zeit haben sich aber in der Geschichte unserer Partei verschiedene Ereignisse abgespielt, die eine Umänderung des Statuts notwendig machen.

Betrachten wir unter in Bielsk beschlossenes Organisationsstatut, so fällt uns dabei auf, daß sich unterdessen allein schon der Name unserer Partei geändert hat, daß wir uns nicht mehr „Deutsche Sozialdemokratische Partei in Polen“, sondern „Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei Polens“ nennen.

Wie sind wir zu dieser Umänderung des Namens unserer Partei gekommen? Ich muß bei dieser Gelegenheit in die Vergangenheit zurückgreifen. Wir wissen, daß wir ursprünglich in Polen drei selbständige deutsche sozialistische Parteien besaßen und zwar

die Partei in Oberschlesien mit der Zentrale in Kattowitz, einen Rest der Sozialdemokratie Deutschlands, die Partei im Teschener Schlesien mit der Zentrale in Bielsk, einem Rest der Sozialdemokratie des alten Österreichs, die Partei im ehemaligen preussischen Gebiet, oder wie es heute heißt „Posen-Pommern“ mit der Zentrale in Bromberg.

Nachdem sich zuerst Oberschlesien und das Teschener Gebiet zur „Deutschen Sozialdemokratischen Partei in Polen“ verschmolzen hatten, schloß sich Ende 1923 Posen und Pommern der neuen Partei an und verschmolz mit ihr zu einem Ganzen.

Ich muß hierbei jetzt schon betonen, daß bei den erwähnten Verschmelzungen nicht die geringsten Dispute und Zwistigkeiten darüber entstanden, welchen gemeinsamen Parteinaamen man zu wählen hat und wo die Zentrale sein soll. Jeder Bezirk hätte hier seine Bedingungen stellen können, da überall die entsprechenden Massen, der Parteiapparat, Büros, Arbeiterhäuser, Zeitungen usw. vorhanden waren. Doch die Verschmelzungen wurden ohne jede Reibung vollzogen. Während sich nun dieser Einigungsprozess zwischen den genannten drei großen Parteien vollzog, bildete sich in der deutschen Sprachinsel Kongresspolen, in Lodz, eine neue Partei, die Deutsche Arbeiterpartei. Neuerlich fehlte dieser Organisation der Name „Sozialistisch“, doch aus ihren Tendenzen und ihrer Agitation ging hervor, daß wir es mit einer welkenverwandten Organisation zu tun hatten.

Zwischen unserer geeinigten Partei und den Lodzern kam es in der Folge zu verschiedenen gemeinsamen Veranstaltungen und Agitationen; Redner von uns sprachen auf Versammlungen der Wahlvorbereitungen in Lodz und umgekehrt. Infolge der gemeinsamen Tätigkeit und den gleichen Tendenzen erwies es sich allmählich als notwendig, daß der Gedanke erörtert werden mußte, wie man sich vereinigen könnte. Die Vereinskraft hier zu wurde beiderseits wohl häufig genug betont, ist aber bis heute nicht erfolgt, trotzdem im August 1925 in Königs-

hütte zwischen den beiden Zeitungen ein Vereinigungsbeschluß gefaßt wurde. Es wurde sogar eine gemeinsame Exekutivdelegation gebildet und zwar mit zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, ein Manifest wurde an die arbeitende Bevölkerung herausgegeben und der Exekutive wurde die Leitung der Gesamtpartei bis zum Vereinigungsparteitag überwiesen. Dieser Vereinigungsparteitag hat aber bis heute nicht stattgefunden.

Was nun erreicht wurde, war ein gemeinsamer Name: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei Polens. Aus dem Namen der Lodzer „Deutschen Arbeiterpartei“ übernahmen wir das Wort „Arbeit“, während sie von uns das Wort „Sozialistische“ annahmen.

Dieses ist die erste und einzige Veränderung, die unser in Bielsk beschlossenes Organisationsstatut erfahren hat und zwar in der Überschrift und im Paragraphen 2, der von dem Namen der Partei spricht.

Paragraph 2 spricht aber auch von dem Sitz der Partei.

Werte Genossinnen und Genossen! Soweit wir die Geschichte des sozialistischen Parteilebens kennen, haben wir nicht gefunden, daß eine kleinere und junge Organisation, die sich nicht einmal bisher sozialistisch genannt hat, bei der Frage einer Verschmelzung mit einer jahrzehntealten und größeren sozialistischen Partei darauf bedingungslos bestanden hat, daß die ältere und größere Partei in ihr aufzugehen hat, ihren Namen annehmen und ihre Zentrale akzeptieren muß. Gewöhnlich ist es umgekehrt der Fall. Die Lodzer Genossen bestehen nun aber hartnäckig darauf, daß der Sitz der Gesamtparteileitung zu ihnen herüber wandern muß. Sie verlangen sogar, daß die Frage des Sitzes der Parteileitung gar nicht erst auf dem Einigungsparteitag zur Diskussion kommt, sondern, daß dieser lediglich zur Kenntnis zu nehmen hat, daß die Zentrale Lodz ist. Die Verwirklichung der Lodzer hat bereits die Stellungnahme ihres Parteirates in einem Beschlusse gutgeheißen. In der Lodzer „Volkszeitung“ haben wir ferner leider nur zu oft eine Forderung der öffentlichen Meinung, insbesondere der P. P. S. und der Sozialdemokratie Deutschlands, erblicken müssen, daß die Tatsache, daß lokale Bekanntmachungen der Bezirkskongresspolen unter der Überschrift erfolgten: „Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei Polens, Hauptvorstand“, wodurch der Anschein erweckt wurde, als ob das Zentrum der alten Partei bereits in Lodz läge. Bei jenen Lodzer lokalen Bekanntmachungen hätte es, um Zweideutigkeiten zu vermeiden, unbedingt heißen müssen: „D. S. A. P., Hauptvorstand Kongresspolen“.

Wir haben uns nun heute mit der Frage zu beschäftigen, wie wir uns zu dem Lodzer Ansinnen stellen. Wenn der Parteivorstand mich aus Pommern mit der Behandlung dieses Referats beauftragt hat, so tat er es deswegen, damit sich zu dieser leidigen Ortsfrage ein Neutraler und Indifferent auspricht, dem es vom Standpunkt unserer zukünftigen Gesamtpartei gleichgültig sein kann, ob die Zentrale unserer Partei da oder dort liegt, weil für uns Posener oder Pommerner der Weg nach Lodz oder Kattowitz gleich un bequem und weit ist.

Die Lodzer machen geltend, daß ihr Ort als Zentrale deswegen besonders geeignet sei, weil er im Zentrum von Polen liege. Werte Genossinnen und Genossen! Wenn wir uns die Landkarte der Republik Polen ansehen, so haben die Lodzer recht. Von größerer Wichtigkeit ist aber ein anderes Moment. Betrachten wir uns das Erfassungsgebiet der deutschen Bevölkerung in Polen, so sehen wir, daß überhaupt keiner der in Frage kommenden Orte zentral liegt, weder Lodz, das nur eine Sprachinsel in Kongresspolen ist, noch Kattowitz. Beide Orte liegen an der Peripherie unseres Erfassungsgebietes. Das zentrale Moment scheint also für Lodz aus. Sonst kommen keine anderen stichhaltigen Gründe für Lodz in Betracht. Was spricht aber für Kattowitz? Vor allem die größere sozialistische Parteibewegung mit ihren alten erprobten Führern und Funktionären; diese Partei arbeitet bereits jahrzehntelang, während die Lodzer Organisation erst vor wenigen Wochen ihren 5. Geburtstag feierte. Für Kattowitz spricht eine alte Parteitradition, ferner die im dortigen Bezirk gut ausgebauten Gewerkschaften, die die

Lodz erst jetzt durch deutsche Sektionen im polnischen Klassenverband aufgehen. Und betrachten wir nicht die einzelnen Orte, wie Lodz und Kattowitz, sondern die entsprechenden Gebiete. So sehen wir auf der Lodzer Seite ein noch größeres Mantel, ihrer einen Zeitung stehen drei Zeitungen des anderen Gebietes gegenüber, den Lodzern fehlen die Arbeiterhäuser, die wir in Königschütte, in Bielsk und in Bromberg haben, sowie das Zentralhotel in Kattowitz. Aus allen diesen Gründen dürfte es wohl schwerfallen, festzustellen, wo die meisten Plus liegen. Um eine weitere Erörterung abzuwürgen, trage ich Ihnen jetzt einen Antrag des Bielsker Bezirkes über den Sitz der Partei vor. Er lautet:

In Anbetracht dessen, daß die deutsche Arbeiterbewegung in Polnisch-Oberschlesien und Teschener Schlesien sowie des Bialaer Industriegebietes eine organisatorische Entwicklung von Jahrzehnten zu verzeichnen hat, reiche Erfahrung besitzt und kampferprobt ist, ferner daß die schlesische Arbeiterbewegung zwei Zeitungen als Parteigebilde besitzt, beschließt der 3. Landesparteitag, daß die Hauptparteivertretung ihren Sitz in Kattowitz haben muß, daß aber für jeden Fall den Sitz der Parteileitung der nächste auf Grund des Proporzsystems zusammengestellte Gesamtparteitag zu bestimmen hat.

Nachdem Genosse Pantrach noch eine Anzahl Fingerzeige für die Agitation und Presse gegeben hatte, schloß er seine Rede, die ungefähr eine Stunde dauerte, mit den Worten:

„Wenn wir, wie wir aus dem Referat des Genossen Dr. Glüsmann über die „Aufgaben der Partei“ gehört haben, als Deutsche Sozialdemokratie in Polen eine Zusammenarbeit mit sämtlichen sozialistischen Parteien Polens und vorerst eine Kooperation anstreben müssen, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß es z. Zt. erst noch notwendiger ist, uns mit den Lodzern zu verschmelzen. Sollte dies an der leidigen Frage der Zentrale noch scheitern, so müssen wir dann aber unbedingt die Kooperation mit ihnen erzielen. (Beifall.)“

Zur Presse und Agitation nimmt auch Gen. Peter Sowa-Kattowitz, der Vorsitzende der Pressekommission des „Volkswille“ das Wort, nachdem noch vorher der Versammlungsleiter den beiden erschienenen Gen. Kronig-Lodz begrüßt hatte. Sowa schildert die Agitation für den „Volkswille“ und hebt hervor, daß im allgemeinen kein besonderes Interesse für diese so wichtige Arbeit unter den Parteigenossen vorhanden ist, doch trotzdem ist es als sehr erfreulich zu verbuchen, daß der Abonnentenbestand ein konstanter ist, das Bestehen des Blattes könne daher als gesichert angesehen werden. Während die politische Seite einigermaßen zufriedenstellen könne, lasse der lokale Teil manches vermissen. Nicht zu unterschätzen ist der Terror, der gerade gegen „Volkswille“-Leser eingesetzt hat und nicht nur seitens polnischer, politischer sowie gewerkschaftlicher Organisationen, sondern auch nur Direktoren von industriellen Verwaltungen, die mit Vorliebe unsere Leute auf die Straße setzen. Ein typisches Beispiel ist hier Laurahütte, in welcher Angelegenheit man beim Wojewoden intervenieren mußte. Sowa behandelt ferner eine eventuelle Zusammenlegung des „Volkswille“ sowie der „Bielsker Volksstimme“, was für den Ausbau der Parteipresse von bedeutenden Vorteilen wäre. Mit einem Appell an alle Anwesenden, künftighin mehr Interesse der Parteipresse zu widmen.

Darauf folgt nun, nach dem noch einige Formalitäten zu den inzwischen eingelaufenen Anträgen erledigt wurden, die Diskussion über das Referat Glüsmann ein. Als erster eröffnet den Reigen der Genosse Saniß. Er führt folgendes aus. Wenn wir die innerpolitische Lage Polens mit der der anderen Länder betrachten, so finden wir viele gemeinsame Erscheinungen. Die faschistische Tendenz in Polen ist etwas stärker ausgeprägt, als in den anderen Ländern, aber sie tritt nicht so sehr in Erscheinung, als wie in Deutschland, Frankreich und besonders in England. Die Stellungnahme zum Parlamentarismus hängt ab von der Einstellung des Bürgertums zu demselben. Steht das Bürgertum kritisch dem parlamentarischen System gegenüber, so haben wir alle Ursache, dasselbe zu tun. Den Wert des parlamentarischen Systems beweist am treffendsten folgendes: das französische Parlament beschloß auf Antrag eines sozialistischen Abgeordneten eine großzügige Heeresreform, die den Staatsbürger von der Wiege bis zum Grabe Soldat sein läßt. Als ferner der Antrag gestellt wurde, auch die Abgeordneten der Wohlhaben dieses Heeresreformgesetzes teilhaftig werden zu lassen, dankten die Herren Abgeordneten darauf. Betrachten wir unser Parlament, unsere Regierung, so können wir getrost sagen, daß sie einander wert sind. Gen. Dr. Glüsmann steht dieser Regierung auf dem Standpunkte „entschiedener Opposition“ gegenüber. Aber wie gehen wir am besten den Willen der „entschiedenen Opposition“ zum Ausdruck. Er sagt, daß mit den Kommunisten ein Kompromiß zu bilden nicht möglich sei. Demgegenüber stelle ich fest, daß auch die Kommunisten in der letzten Zeit bedeutende Wandlungen in verschiedenen Fragen machten. Gelegentlich einer Debatte im schlesischen Sejm bekannte sich der Abgeordnete Biniszewicz von den polnischen Sozialisten zum wissenschaftlichen Kommunismus. Es kann heute keine Rede davon sein, wie die Diktatur des Proletariats oder eine Arbeiter- und Bauernregierung errichtet werden kann. Für die Ausfüh-rung eines solchen Planes fehlen alle notwendigen Vorbedingungen. Die Wahlreform der Regierung richtet sich gegen die Minderheiten und sozialistischen Parteien, um sie von jedem parlamentarischen Einfluß vollständig auszuschalten. Alle, die von dieser Reform betroffen werden, haben die Pflicht, einen gemeinsamen Oppositionsblock zu bilden. Ich ziehe dabei keine Grenze, weder nach links noch nach rechts. Die Schaffung eines solchen Oppositionsblocks unter der Parole „Antifaschismus und Festhalten am Verhältniswahlsystem“ muß für die nächste Zeit eine der wichtigsten zu erfüllenden Aufgaben sein.

Gen. Zittlau-Bromberg: Das Referat des Gen. Glüsmann war außerordentlich interessant. Es war gleichsam eine Revue aller innerpolitischen Ereignisse im Lande der letzten Zeit, ihrer Auswirkungen auf das Proletariat. Er zeigte uns Mängel, aber auch Wege, ihrer sich zu entledigen. Das Kapitel, Haltung der P. P. S. ist leider noch immer nicht geklärt und ebenso sind bedauerlicherweise noch keine Ausichten vorhanden, die eine Klärung bringen könnten. Heute sich an eine Koalition festbinden, wäre zwecklos, erst muß die neue Wahlordnung abgewartet werden, weil dann die richtige Einstellung zu der durch eine Wahlordnung eintretende Situation sich ergeben wird. Unter keinen Umständen dürfe man sich vorher nach einer Richtung hin binden. 3. geht jetzt auf die vergangenen Warschauer Sejmwahlen zurück und bedeutet es, daß seinerzeit, die Lage war außerordentlich günstig, ein Zusammengehen mit dem Minderheitenblock nicht erfolgte. Zweifellos hätte man damals mehr Mandate erlangt, als es der Fall war. Er stellt ferner fest, daß Gen. Dr. Glüsmann nach der vorliegenden Einstellung seines Referats seit dem letzten Parteitag eine auffallende Wendung nach rechts genommen habe, weiter,

daß die Situation aber eine solche werde, daß schon jetzt Verhandlungen wegen einer Wahlkoalition notwendig sein könnten, nur eine solche auf möglichst breiter Basis eingeleitet werden kann, damit allen Eventualitäten aus dem Wege man gehen kann. Die Lösung dieser Frage möge jedoch dem Hauptvorstand vorbehalten bleiben unter Hinzuziehung eines kleinen Gremiums, dem Vertreter der einzelnen Ortsgruppen angehören. Gen. Zittlau nimmt dann eingehend Stellung zu der Lodger Verschmelzungsfrage des künftigen Parteistitzes sowie dem Zentralorgan. Er versteht die Lodger Sonderwünsche nicht, trotzdem ihm die Einigungsfrage nicht gleichgültig sein kann. Zwar muß zugegeben werden, daß die Lodger Verhältnisse recht eigenartige sind, für den sozialistischen Boden durchaus aber nicht ungünstig, jedoch fehlen dort vorläufig alle Voraussetzungen, die mit den Wünschen der Lodger in Einklang zu bringen wären. Einer sehr scharfen Kritik unterzieht er die „Lodger Volkszeitung“, die von einer reinsozialistischen Einstellung noch sehr weit entfernt sei. Also weder als Parteistitz noch für das Zentralorgan könne Lodger in Frage kommen.

Genosse Kowoll: Bevor ich zu den Ausführungen des Genossen Glücksman übergehe, halte ich es für meine Pflicht, auf die Angriffe zurückzukommen, die hier im Verlauf der Debatte gestern gegen die P. P. S. gerichtet worden sind. Die Angriffe konnten den Eindruck erwecken, als wenn der Parteitag gegen eine Zusammenarbeit mit dem polnischen Proletariat ist. Wir müssen feststellen, daß es sich bei den Angriffen um örtliche Vorfälle handelt, die von der Zentralleitung der P. P. S. nicht gebilligt werden. Wir hoffen, daß sich im Laufe der Zeit die Gegensätze beheben lassen werden, im Interesse der deutschen und polnischen Arbeiterklasse. Gerade ich hätte hier eine Reihe von Klagen und Wünschen hinsichtlich der P. P. S. hervorzuheben. Aber die nationalen Gegensätze lassen sich nicht mit Resolutionen heilen, sondern die Entwicklung der Verhältnisse muß die Gegensätze überbrücken. Der Sozialismus ist uns die Hauptfrage und darum die Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Parteien anzustreben.

In der Politik sagt man nie ein bestimmtes Ja oder Nein, sondern versucht die besten Vorteile zu erwerben. Und so komme ich zu den Ausführungen des Genossen Dr. Glücksman, der sich in seiner Resolution über ein Wahlbündnis nicht klar ausgedrückt, der Sache selbst hat der Genosse Sanisch Rechnung getragen und betont, daß er für einen Wahlbündnis, ohne sich festzulegen, wie weit er nach rechts oder links geht, ist. Man könnte nach seinem Antrag bezüglich des Proporzsystems bei Wahlen und parlamentarischer Regierungsbildung schließen, daß auch ein Zusammengehen mit dem „Lager Großblock“, was Genosse Sanisch bestimmt nicht will. Er meint einen Linksbündnis, der allerdings nicht zu verwirklichen ist, weil die polnischen Parteien nie die Minderheiten einbeziehen werden. Unter den sozialistischen Minderheitsparteien besteht eine Antipathie gegen Einbeziehung der P. P. S. und hier scheitert der sozialistische Wahlbündnis, weil er territorial so zerrissen im Wahlkampf auftritt, daß er keine Mandate erobern kann, wenn die Wahlreform nach den Wünschen der Reaktion erfolgt. Hier sehen wir eine neue Schwierigkeit, die nicht zu überbrücken ist. Man muß dem schon klar sein, und zugeben, daß also für uns ein Zusammengehen mit allen Parteien der Minderheiten Erfolg verspricht. Das wäre also der Wahrheit offenes Bekenntnis. Ich bin der Überzeugung, daß wir bestimmte Beschlüsse nicht fassen können, solange uns die Stellungnahme der Regierung bezüglich der Wahlausgleichung bekannt ist. Ich spreche für diese Frage mehr als Journalist, der die Meinung der Partei täglich gedruckt wiederzugeben muß. Ich wäre also als Zeitungsschreiber dem Parteitag sehr dankbar, wenn er mir Richtlinien geben könnte, wie weit man sich bei Behandlung von Wahlfragen offen aussprechen kann. Wegen mir uns auch nicht fest, so muß man doch die psychologische Einstellung der Mitglieder kennen, die doch von den Parteitage delegierten hier repräsentiert werden. Weitergehende Freiheit ist für die Parteileitung notwendig. Solange die Kommunisten Zellenbildungen betreiben und nicht zentral von Partei zu Partei verhandeln, kann von Wahlbündnissen nicht mit ihnen gesprochen werden.

Wir brauchen im Kampf um eine parlamentarische Vertretung eine offene Antwort, welcher Regierungsform wir gegenüberstehen. Auch diese Frage hat Genosse Glücksman nicht klar beantwortet, sondern lediglich von falschtischen Bestrebungen gesprochen. Ich bin der Ansicht, daß wir in der Sowjetmacht alle Tendenzen haben, die den Faschismus in reiner Form zeigen. Teile dessen, was die Warschauer Regierung zeigt, wirkt sich in Oberösterreich aus. Ich will versuchen dies näher zu umschreiben. Mussolini hat die parlamentarische Regierungsform beibehalten, aber durch eine Wahlreform breite Massen von einer parlamentarischen Vertretung ausgeschlossen. Man schafft sogenannte Kooperativen, zugunsten des Besitztums gegen die Arbeiterklasse. Schließt oppositionelle Parteien, unterbindet Versammlungs- und Pressefreiheit und dem System wird mit Gewaltmitteln nachgeholfen. Auf die obersteinsten Verhältnisse übertragen, treffen alle Voraussetzungen zu. Wollen wir trotzdem den Kampf um die politischen Rechte aufnehmen, dann gilt es alle Mittel zu erwägen, die uns vorwärts bringen. Und wo wir in diesem Kampf Unterstützung finden, müssen wir sie nehmen, wenn uns der polnische Nationalismus diesen Kampf aufzwingt. Warten wir also ab, was uns die Wahlausgleichung bringen wird und dann wollen wir sehen, wie die Kraftprobe ausgehen wird. Von der Schlagkraft hängt der Erfolg ab und sie liegt in einer gutausgebauten Organisation.

Ich fühle mich in einer schwierigen Lage, zur organisatorischen Vereinigung zwischen unserer Partei und Lodger sprechen zu müssen. Werde ich doch infolge meines „Temperaments“ als ein Hindernis der Vereinigung gehalten werden. Ich bitte den Antrag auf Festlegung des Sitzes des Parteivorstandes mit etwas mehr Ruhe zu behandeln und nicht einen Schritt zu vollziehen, der sich später als unüberbrückbar erweist. Ich bin für Ablehnung der Resolution Bielitz, die den Sitz in Katowitz fordert. Wir wollen die Vereinigung und darum müssen wir auch Kompromisse schaffen. Vielleicht läßt sich dies durch eine Föderation schaffen, die bis zum Vereinigungsparteitag die Parteigeschäfte leitet, während den Bezirksorganisationen weitgehende Autonomie gewährt wird. Wollen wir die Vereinigung nicht, so wäre es uns möglich gewesen, nach Lodger hinzugehen und die damalige Arbeitspartei zu zerstören und sie in unserer sozialistischen Partei aufgehen zu lassen. Damals war dies möglich, wir wollten die Vereinigung und darum haben wir eine solche Arbeit unterlassen, heute haben wir wichtigere Abwehrkämpfe zu führen, als Zerstörung zu vollführen. Ich will nun Agitator sein. Wir wollen die Vereinigung, darum müssen wir sie vorbereiten. Es ist ein Ausweg übrig, die Kraft der Organisation. Bauen wir aus, damit am Vereinigungsparteitag die demokratischen Prinzipien siegen und durch unsere machtvollste Partei den Sitz des Parteivorstandes bestimmen.

Infolge der fortgeschrittenen Zeit und in Anbetracht der sich zahlreich meldenden Diskussionsredner wird jetzt ein Antrag eingebracht, nach dem die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken ist. Dafür ist die Majorität.

Gen. Königsman-Bielitz behandelt den Passus der Resolution über den Abschluß einer Wahlkoalition. Er findet ihn zu weitgehend, da dem Parteivorstand eine solche Verantwortlichkeit nicht zugemutet werden kann.

Die Resolution möge daher dahingehend geändert werden, daß nach Bekanntgabe der Wahlordnung ein außerordentlicher Parteitag stattfindet, der über die zutreffende Wahlkoalition entscheidet. Dem Genossen Zerbe-Lodger ruft er zu, es gehe nicht der Majorität die Minderheit aufzuklopfen. Die Lodger Fragen müssen auf dem Einigungsparteitag durch Beschluß der Delegierten, die auf Grund der zahlenden Mitglieder gewählt, erledigt werden. Er schließt, nach dem er noch zur Verschmelzung des „Volkswillen“ sowie der „Volksstimme“ einige Erklärungen abgibt. Seines Erachtens würde man eine Verschmelzung beider Blätter nicht verstehen, von der Hand ist aber nicht zu weisen, den „Volkswillen“ als zweites Tageblatt im Bielitzer Bezirk einzuführen.

Gen. Bugoff spricht zur Kolportage des „Volkswillen“. Er betont, daß vieles besser sein könnte, wäre nur genügend Interesse unter den Parteigenossen vorhanden. Ebenso müßten Pressekommission und Kolportage intensiver zusammenarbeiten. Als notwendig erweist sich die Verärgerung des „Volkswillen“.

Da noch weitere Meldungen von Diskussionsrednern einlaufen, wird ein Antrag auf Schließung der Rednerliste gestellt, der auch angenommen wird.

Gen. Lukas-Bielitz. Bereits Gen. Königsman hat mir alles vorweg genommen, so daß mir nur wenig zu sagen übrig bleibt. Der Anschlußfrage müßte besonderes Augenmerk entgegengebracht werden. Die Einstellung der P. P. S. kann man verständlich finden, weil sie selbst schwer kämpfen muß und für sie selbst die vielumstrittene Wahlordnung außerordentliche Nachteile bringen würde. Aber die Wahlkoalitionsfrage habe der nächste Parteitag auf demokratischer Grundlage zu entscheiden. Gen. Lukas wünscht, daß der Organisation der Frau etwas mehr Beachtung geschenkt werde als bisher, besonders auch der in den ländlichen Gebieten. Er glaubt, daß hier noch eine sehr fruchtbare Aufgabe der Partei harre.

Gen. Müller-Bielitz gebe seinem Erstaunen Ausdruck über die Stellungnahme des Gen. Sanisch zum künftigen Wahlbündnis. Seiner Ansicht nach müsse eine Wahlkoalition auf breiter Basis, wie nur denkbar, erfolgen, also daß in jeder Hinsicht eine freie Hand gewahrt würde. Die Haltung der polnischen Sozialisten ist noch nicht bestimmt, aber trotz der verschiedenen Gegensätze muß mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, daß sie überbrückt werden. Ebenso verhält es sich mit der Lodger Frage, auch hier muß unter allen Umständen eine baldige Klärung erfolgen, alle Schranken, die ein Hemmnis bedeuten, aus dem Wege geräumt werden, sie darf nicht an einer persönlichen Einstellung scheitern, da sonst Aufgaben bezogen. Interessen von großem parteiischen Wert gefährdet werden. Allerdings habe es, daß es bisher zu keiner Klärung kam, lediglich nur an den Logzern gelegen, denn unsererseits wurden ihnen sehr viele Zugeständnisse gemacht. Die Ausführungen des Gen. Zerbe gegen Kowoll stellt er als zu scharf hin. Zur Verschmelzungsfrage beider Blätter gibt er an, daß diese Angelegenheit schon ziemlich lange erörtert wurde. Ausdrücken, die den gegenseitigen Wünschen zu entsprechen, seien vorhanden.

Gen. Neumann-Bromberg betrachtet den Bielitzer Antrag als den weitgehendsten. Würde in der Bildung des Einheitsbündnisses kein nennenswerter Erfolg erzielt, so müsse dafür eine sozialistische Kooperation erfolgen, aber deshalb nichts unversucht zu lassen, um zu einem erfruchtlichen Ende zu kommen. Nach dem Referat des Gen. Panitz habe man festgestellt können, daß wir über eine verhältnismäßig solide Organisation verfügen, wenn hier und da Mängel sich bemerkbar machen, so liegt das zum großen Teil an der sozialen Misere, welche die Wirtschaftskrise heraufbeschwor. Vor allem komme hier die Arbeitslosigkeit in Frage. Meiner Ansicht nach habe man sich in der Partei viel zu wenig mit dem Arbeitslosenproblem befaßt, mit ihren Wünschen, mit ihrer Einstellung zu uns. In Bromberg habe man auf diesem Gebiet sehr gute Erfolge erzielt und es ist daher nur zu wünschen, wenn das für die Zukunft von allen Bezirken gesagt werden könnte.

Gen. Reitz-Bipnit behandelt Lokalfragen aus dem Bielitz-Bialaer Bezirk, kritisiert das Verhalten der P. P. S., die nur zur Majorität mit ihnen gemeinsam gehe, sonst aber sich schroff verhalte.

Gen. Abgeordneter Kronig-Lodger. Nach allem, was hier unter Lodger gesagt worden ist, bin ich in einer unangenehmen Lage, aber ich glaube, daß wir doch nicht so ganz unrecht haben, als sie hier jetzt allgemein denken. Kronig gibt jetzt seine Darstellung der Verhandlungen, die ja auch bereits Gen. Panitz gab, zeigt hier jedoch eine wesentlich andere Beurteilung der fernerzeit erfolgten Beschlüsse. Der in Königshütte zustande gekommene Beschluß sei hier nicht eingehalten worden, habe starkes Bestreben in Lodger hervorgerufen. Die hier vorwiegend vertretene Ansicht, die Lodger Genossen nicht als Volkssozialisten zu betrachten, sei kaum verständlich, da gerade in Lodger viele fährende Genossen während der zaristischen Periode den revolutionären Gruppen angehört, an hervorragender Stelle und manches Opfer dafür brachten. Wenn man die Einstellung der Lodger nicht zu verstehen scheint, so mag das an den ganz eigenartigen Verhältnissen liegen. Dies bedinge ebenso die Einstellung der Lodger Volkszeitung. Würde sie offiziell Parteiorgan werden, so dürfte selbstverständlich die von den Lodger Genossen erwünschte Einstellung sich von selbst ergeben. Der Vorwurf, die Lodger allein sind an der Verzögerung der Klärung dieser Angelegenheit schuld, ist nicht stichhaltig, auch wir verfügen über eine festgesetzte Organisation, über genügende Erfahrungen. Kronig endet, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß diese Unstimmigkeiten doch aus dem Wege geräumt werden.

Gen. Kowoll greift das Wort jetzt zu einer Richtigstellung. Er hofft, daß die Versammelten keine falsche Ansicht über den Verlauf der Einigungsverhandlungen sich bilden. Als fernerzeit die Beschlüsse unterzeichnet wurden, war keine Rede von einer Vertagung, auch wäre dies damals undisputabel gewesen. Selbstverständlich sind wir bereit, der Verlegung des Sitzes sowie Zentralorgans zu willfahren, wenn ein eventueller Parteitag einen derartigen Beschluß faßt. Verwundern muß man sich nur, daß Gen. Kronig über den Verlauf der Königshütter Verhandlung so eingehend berichtet, obwohl er selbst nicht dort anwesend war.

Genosse Dr. Glücksman kommt darauf zu seinem

Schlusswort.

Er fühlt sich angenehm überrascht, daß diesmal die Debatte zum politischen Referat eine so auffallend rege war und, was besonders erwähnt werden muß, eine sachliche. Es wurde zu einer Reihe von Fragen Stellung genommen, auf die ich eingehen will. Gen. Zittlau nennt mich anlässlich seiner Ausführungen, aber mich sonst sehr inympathisch berührten, einen Prinzipienreiter, sie nur deshalb, weil er sich auf den Standpunkt stellt, daß nicht

vom Programm abgewichen abgewichen werden könne, deshalb auch sein Festhalten an einem Wahlbündnis. Er hat da die österreichische Sozialdemokratie angeführt, er vergißt aber, daß dort weit besser die politische Lage unserer Genossen ist, schon deshalb, weil Österreich nur über drei politische Parteien verfügt und gar nicht derartigen Gefahren ausgesetzt sind, als beispielsweise wir. Sieht man früher ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien für ein Verbrechen, so ist diese revolutionäre Stimmung zum großen Teile nicht mehr vorhanden und sie hat Aussehen, ganz zu verschwinden, was sich naturgemäß auf Grund der politischen Ereignisse vielfach ergeben mußte. Eine wesentliche andere Stellung nimmt Gen. Sanisch ein. Was er mit seiner Resolution eigentlich wollte, ist mir nicht ganz klar. Keine Beschränkung, weder nach rechts und links. Das würde auch bedeuten, daß man bei etwaigen Wahlen mit allen Parteien wegen einer Wahlblockbildung in Fühlung treten mußte. So mag der Gen. Sanisch vielleicht nicht meinen, denn praktisch ist das nicht denkbar. Noch immer bin ich der Ansicht, daß eine Koalition mit den Kommunisten für uns nicht denkbar ist. Aber die Ungleichheit unserer beiden Anschauungen in dieser Frage sind nicht sehr verwunderlich. Sicherlich sind wir bereit, den Zusammenstoß mit allen sozialistischen proletarischen Organisationen zu fördern, vorzubereiten, aber dafür müssen auch die Voraussetzungen gegeben sein. Die vielfachen Wünsche über die Einstellung der P. P. S., diese Klagen darüber dürfen nicht verallgemeinert werden. Sie tragen alle mehr oder weniger lokalen Charakter und daher ist eine Kritik nur im Rahmen der Lodger Beschlüsse angebracht. Sicherlich wird sich späterhin hier auch ein Ausweg aus diesem Dilemma finden, aber wir müssen auf jeden Fall versuchen, mit den polnischen Sozialisten auf freundschaftlichem Fuße zu leben. Schließlich wird es schon einmal eine Gelegenheit geben, da alles nach unseren Wünschen erledigung findet, aber wir wollen der P. P. S. nur wünschen, ihr Machbereich möge sich trotz alledem erweitern, denn nichts anderes kann besser geeignet sein, den Sozialismus im Lande zu fördern. Die Lodger Einigungsfrage hat, wie sie selbst sehen, unter allen Delegierten ein lebhaftes Echo widergerufen und das zum Ausdruck gebracht, wie darüber die Parteigenossen aus dem oberösterreichischen, Bielitzer und Pommereller Gebiet denken. Gen. Kronig muß zugeben müssen, daß seine Versuche, die Einigungsverhandlungen bezw. daran so geringe Erfolge den genannten Bezirken in die Schuhe zu schieben, sehr wenig gelungen sind. Im Gegenteil, man habe den Eindruck gewonnen, als wenn man in Lodger sich über die Bedeutung dieser Frage nicht ganz klar wäre, vor allem der Bedeutung für die sozialistische deutsche Arbeiterkraft in Polen, da von dort aus zu kleinen Argumente ins Vorbetreffen gebracht werden. Jedoch bin ich der Überzeugung, daß dieser sich beheben lassen wird bei einigermaßen erstem Willen. Alles in allem, was wir in der Diskussion hörten, ihre Einstellung zu den allgemeinen politischen Fragen, zu der Bildung einer Wahlkoalition usw. ist der beste Beweis dafür, wie rege die Anteilnahme dazu war und ist, ein Beweis für die Aktivität unserer Partei. Der Ausdruck, den uns alles gegeben hatte, ist ein trostreicher und wir können die Hoffnung mitnehmen, daß der nächste Parteitag unsere Erwartungen noch übertreffen wird.

Hierauf bespricht Genosse Dr. Glücksman eine Reihe von Anträgen, die er teils anzunehmen, teils abzulehnen bittet und die wir weiter unten wiedergeben, in der Reihenfolge ihrer Behandlung bei den Abstimmungen.

Damit war die Diskussion erschöpft.

Der Vorsitzende erwähnt, daß nunmehr dem Vorstand beziehungsweise der Parteileitung gemäß dem Vorschlag der Kontrollkommission Entlastung erteilt werden muß, was auch durch die Delegierten ohne Widerspruch erfolgt.

Für die Neuwahl des Parteivorstandes liegt im Einverständnis mit den einzelnen Bezirken folgende Vorschlagsliste vor:

1. Dr. Glücksman-Bielitz,
2. A. Panitz-Bromberg,
3. Dr. Bloch-Kattowitz,
4. E. Mahke-Domb,
5. Ossadnik-Siemianowicz,
6. Masurek-Königshütte,
7. Buchwald-Königshütte,
8. Pelska-Kattowitz,
9. Lukas-Mit-Bielitz,
10. Karach-Alexandersfeld,
11. Brandes-Alexandersfeld,
12. Müller-Bielitz,
13. Polmer-Bielitz,
14. Frau Kowoll-Kattowitz,
15. Frau Henschel-Kattowitz,
16. Frau Kutzella-Königshütte,
17. Kowoll-Kattowitz.

Genosse Kowoll, der als 17 vorgeschlagen wird, lehnt die Übernahme des Vorzuges ab, wird jedoch in der Parteileitung gewählt, ohne daß der Parteitag in eine Diskussion darüber eingeweiht, wie die Zusammenlegung der Parteileitung aussehen soll. Die Liste wird einstimmig angenommen und dem neugewählten Parteivorstand überlassen, sich zu konstituieren. Es sind außer einer Exekutive von 3 Personen, noch der Kassierer und Schriftführer zu bestimmen, ferner eine Kontrollkommission, bestehend aus 3 Mitgliedern, während der Zeit der auf die Liste entfallenden Genossen den Parteibeirat bilden. Nach seiner Konstituierung wird die genaue Funktion der einzelnen Genossen noch im Zentralorgan bekannt gegeben werden.

Die Behandlung der Anträge.

Nach Erledigung der Neuwahlen tritt die Abstimmung über die einzelnen Anträge ein, bei denen sich wiederum eine Reihe von Debatten ergeben, die wir aber übergehen.

Die Resolution Dr. Glücksman wird, wie an anderer Stelle dargelegt, angenommen, während der Zusatzantrag Sanisch, der besagt:

der Parteivorstand wird beauftragt, bei eventuellen Neuwahlen mit allen Parteien, die auf dem Boden des Verhältnismäßig-rechts und der parlamentarischen Regierungsbildung stehen, zwecks Bildung eines Wahlbündnisses in Verbindung zu treten.

Nachdem Antragsteller seinen Antrag nicht zurückziehen will, wird er vom Parteitag abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis, daß schon in der Resolution Dr. Glücksman eine solche Forderung enthalten ist.

Abgelehnt wird weiter der Antrag der Lokalorganisation Lipnitz, der lautet,

daß die zu wählende Landesparteileitung verpflichtet, die Verhandlungen mit der P. P. S. zwecks Regelung der Beziehungen zwischen beiden Bruderparteien auf Grundlage der vollen Gleichberechtigung fortzuführen, weil auch diese Forderung in der Resolution Glücksman zum Ausdruck kommt.

Bezüglich des Sitzes der Gesamtpartei wird folgender Antrag angenommen, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen:

In Anbetracht dessen, daß die deutsche Arbeiterkraft in Vordrängungs- und Lehren der Schließens, sowie des Vie-
lig-Bialer Industriegebietes, eine organisatorische Entwicklung
von Jahrzehnten zu verzeichnen hat, reiche Erfahrung besitzt
und kampferprobt ist, ferner daß die schließliche Arbeiterbewe-
gung zwei Zeitungen als Parteiorgane besitzt, beschließt der
3. Landes-Parteitag, daß der Sitz der Parteileitung dem näch-
sten, auf Grund des Proporzsystems gewählten Vereini-
gungsparteitag zu bestimmen hat.

Auch der Antrag der Arbeiterwohlfaht, Kowoll
und Genossinnen, der besagt:

Der Parteitag wolle beschließen, daß in den nächsten
Monaten eine Frauenkonferenz der deutschen sozialistischen
Frauen veranstaltet wird, damit die Arbeiterwohlfaht mit
Hilfe der Partei und Gewerkschaften breitere Grundlage er-
lange, wird einstimmig angenommen.

Zur Annahme gelangen ferner die nachfolgenden Anträge:

Dr. Bloch, Raaf und Genossen fordern:

Der 3. Parteitag möge für die folgenden Parteitage je-
dem Delegierten einen detaillierten, vervielfältigten Tätig-
keits- und Kassenbericht zur Verfügung stellen.

Antrag Maake:

Der Parteitag wolle beschließen, daß ein jeder Ortsver-
ein in den Empfang eines Statuts gelangt.

•

Damit ist auch dieser Punkt erledigt. Ueber den nächsten
Tagungsart des Parteitages schlägt Genosse Zittlau vor, ihn
nicht zu bestimmen, sondern der Parteileitung zu überlassen.
Genosse Hanisch laßt zur Tagung nach Katowitz ein.

Genosse Buchwald stellt fest, daß damit die Tagesordnung
erschöpft ist und erteilt zum Abschluß dem Genossen Kowoll
das Wort, der ausführt: Namens des alten und neugewählten
Vorstandes sage ich Ihnen allen für ihr Ausharren, den her-
lichsten Dank aus. Insbesondere danke ich den Königsbutter
Genossen für ihre Mühen, die ihnen bei den Vorbereitungen
auferlegt wurden. Der prächtige Verlauf wird uns wohl alle
befriedigt haben, wenn auch die Wogen zum Teil hoch gegangen
sind. Aber, liebe Parteigenossinnen und Genossen, wir dürfen
nicht im schönen Verlauf der Tagung den Erfolg sehen, sondern
doppelt betonen, daß es uns am Zusammenschluß des Proleta-
riats der ganzen polnischen Republik liegt. Nicht nur die Ver-
einigung mit unseren Lodzer Genossen darf uns am Herzen
liegen, sondern die Bildung einer sozialistischen Internationale
in Polen. Hier ist der Boden von den verschiedensten Nationen
berufen, sind am sozialistischen Aufbau zu wirken. Uebersehen
wir die harten Worte, die hinsichtlich der Lodzer Genossen und
der P. P. S. gefallen sind. Nicht um zu trennen, sondern um
zu binden sagen wir uns unter Freunden die Wahrheit. Mit
Recht können wir sagen, daß ein gutes Stück vorwärts der Par-
teitag unsere Bewegung gebracht hat. Noch mehr muß erreicht
werden und dazu bedarf es emsiger Arbeit aller, dann wird
auch das Werk gelingen. Ich danke ihnen nochmals allen recht
herzlich und hoffe, daß uns der nächste Parteitag noch grö-
ßere Freuden bringen wird.

Die Delegierten stimmen alsdann die Internatio-
nale an, die stehend vorgetragen wird. Mit einem dreifachen
Hoch auf den Sozialismus mit freudigen Rufen des Wieder-
sehens findet die Tagung gegen 4 Uhr ihren Abschluß.

Wanka

Aus dem Russischen von Joseph John.

Wanka Schukow, ein neunjähriger Knabe, der vor drei
Monaten zum Schuhmacher Wjachin in die Lehre gekommen ist,
legt sich am Abend vor Weihnachten nicht schlafen. Nachdem der
Meister und die Gesellen zur Frühmesse gegangen sind, nimmt
er aus dem Schrank seines Lehrherrn ein Fläschchen Tinte, einen
Federhalter mit einer verrosteten Stahlfeder, legt einen Bogen
groben, zerfällten Papiers vor sich hin und beginnt zu schreiben.
Bevor er den ersten Buchstaben hinschreibt, blickt er einigemal scheu
nach der Tür und dem Fenster, schilt nach dem dunklen Heiligen-
bild, zu dessen beiden Seiten sich Fächer mit Stiefelleisten befin-
den, und schreibt schwer. Der Bogen Papier liegt auf der Bank,
er selbst kniet darauf.

„Lieber Großvater Konstantin Makaritsch!“ fängt er an.
„Und ich schreibe Dir einen Brief. Ich gratuliere Dir zum
Weihnachtsfest und wünsche Dir alles Gute vom lieben Gott.
Ich habe nicht Vater, nicht Mutter, nur Du allein bist mir ge-
blieben...“

Wanka richtet die Augen auf das dunkle Fenster, in dessen
Scheiben sich das Licht spiegelt, und stellt sich seinen Großvater
Konstantin Makaritsch vor, der als Nachtwächter beim Gutsbe-
sitzer Jzwatow dient. Er ist ein kleiner, magerer, behender Greis
von 65 Jahren mit ewig lächelndem Gesicht und schnapsschnellen
Augen. Tagsüber schläft er in der Leutkeische oder scherzt mit
den Mädchen, nachts aber geht er, eingehüllt in seinen weiten
Schafpelz, um den Gutshof herum und klopft mit dem Hammer.
Mit geknickten Knien stapfen seine beiden Hunde, die alte Rasch-
tanka und der junge Wjun, hinter ihm her. Dieser Wjun ist
überaus ehrerbietig und schmeicheleisch, blickt jedermann, Guts-
leute wie Fremde, mit gleichem Wohlgefallen an und erweist sich
deshalb keines besonderen Vertrauens. Hinter seiner Ehrerbie-
dung und Demut verbirgt sich denn auch in der Tat die äußerste
Bosheit. Niemand versteht besser als er, bei gegebener Gele-
genheit sich an jemand heranzuschleichen und ihm nach den
Beinen zu schnappen, sich in den Eisteller zu stellen oder den
Bauern ein Huhn vom Hof zu holen. Des öfteren hat man ihm
dafür schon die Hinterbeine entzweigeschlagen, zweimal hat man
ihn sogar aufgehängt — aber er lebt immer noch.

Jetzt steht der Großvater wahrscheinlich am Torweg, blickt
mit zusammengekniffenen Augen nach den erleuchteten Fenstern
der Dorfstraße, stampft mit den Stiefeln im Schnee hin und
her und scherzt mit den Gutsleuten. Sein Hammer hängt am
Gürtel. Er schlägt in die Hände, krümmt sich vor Kälte und
kneift, greifenhaft fichernd, bald das Stubenmädchen, bald die
Köchin in die Wangen.

„Vielleicht 'ne Prise gefällig?“ fragt er und reicht seine
Schmupstabsdose herum.

Die Weiber schnupfen und niesen. Der Großvater gerät in
unbeschreibliches Entzücken, bricht in frohes Lachen aus und ruft:

„Zur Gesundheit, Tändchen!“

Dann gibt er auch den Hunden zu schnupfen. Raschtanka
nief, dreht die Schnauze fort und geht beleidigt beiseite. Wjun
nief aus Ehrerbietung nicht, sondern wedelt nur mit dem

Explosion einer Geheimbrennerei in Chicago

In Chicago explodierte in früher Morgenstunde am Sonn-
abend eine Geheimbrennerei. Durch die Gewalt der
Explosion wurden die Wände eines ganzen Häuserblocks zerstört.
Ein durch die Explosion hervorgerufener Brand zerstörte mehrere
Häuser ein, wobei 9 Personen in den Flammen umkamen. Ihre
Leichen wurden völlig verkohlt aus den Trümmern geborgen.
Die Explosion war so stark, daß in weit entfernten Stadtteilen
zahlreiche Fensterscheiben in Trümmer gingen.

Zurückbare Ueberschwemmung im Mississippiital.

Die Ueberschwemmung des Mississippiitals hat in-
folge starker Regenfälle von Illinois bis New Orleans eine
bedrohliche Ausdehnung angenommen. Der Fluß, dessen
normale Breite eine halbe bis eine ganze Meile beträgt, er-
reicht jetzt an den Stellen, an denen keine Dämme vorhanden
sind, eine Breite von 15 Meilen. In den Nebenflüssen ereig-
neten sich 25 Dammbüche. Zahlreiche Orte sind ernstlich
bedroht. Einige Stadtteile von New Orleans stehen bereits
unter Wasser. Durch die Ueberschwemmung im Mississippigebiet
sind 24 000 Personen obdachlos geworden, davon 15 200
allein in Illinois, Missouri und Arkansas. Heute brachen drei
Dämme des Arkansas-Flusses. Für die durch die Ueberschwem-
mungskatastrophe im Mississippiital obdachlos gewordenen Per-
sonen haben das Kriegsamt und das Rote Kreuz Zelte gesandt,
die mehr als 5000 Personen Unterkunft bieten.

Schweres Grubenunglück in Belgien.

Sonabend ereignete sich auf der Grube Estinnes Noal
bei Mons ein schweres Bergwerksunglück durch schlagende
Wetter. Bis jetzt sind acht Tote und zwölf Schwerverletzte ge-
borgen worden.

Wie die Sonntag-Morgenblätter dazu melden, hat sich die
Zahl der Toten bis Sonnabend auf 26 erhöht. Neun
Bergarbeiter befinden sich noch in der Grube.

Drei Personen ertrunken.

Auf dem frischen Haff kenterte ein mit drei Fischern
besetztes Fahrzeug. Zwei der Fische sind ertrunken.

An der Einfahrt zum Fischereihafen in Villau kenterte
am Donnerstagabend ein mit fünf Arbeitern besetztes
Boot. Ein Arbeiter ist ertrunken.

Zurückbares Giehereiunglück in Magdeburg.

In der Gießerei der Maschinenfabrik Budau A. G.
wurden Sonnabend nachmittag drei Arbeiter beim Ent-
leeren des Schmelzofens durch flüssiges Eisen fast am ganzen
Körper verbrannt. In sehr bedenklichem Zustande wurden
die Verunglückten dem Krankenhaus zugeführt, wo einer
von ihnen bereits seinen Verletzungen erlegen ist. An dem
Aufkommen der beiden anderen Verunglückten wird ge-
zweifelt.

Ein Doppelmord.

Am Sonnabend nachmittag wurde eine 82jährige
Witwe und ihre 53jährige ledige Tochter in Chemnitz
in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Die in der
Wohnstube liegende Leiche der Witwe wies eine klaffende
Wunde am Halse auf, während die Leiche ihrer Tochter
mit einer Schnur um den Hals vorgefunden wurde. Als
der Tat verdächtig ist ein Verwandter der Ermordeten, ein
26jähriger Mann festgenommen worden.

Schwerer Sturm über Australien.

Wie die Agentur Journer berichtet, tobte über Au-
stralien ein heftiger von wolkenbruchartigem Regen
begleiteter Sturm. Der Dampfer „Riverina“ wurde an die
Küste geworfen und befindet sich in kritischer Lage. Er hat
150 Passagiere an Bord.

Aussöhnung zwischen Rußland und der Schweiz

Der Konflikt wegen der Ermordung Worowskis beigelegt.

Die Besprechungen, die seit einiger Zeit zwischen dem
schweizerischen Bundesrat und der Regierung der So-
zialistischen Sowjetrepublik durch Vermittlung ihrer
diplomatischen Vertreter in Berlin gepflogen wurden, haben am
14. d. Mts. zum Austausch nachstehender Erklärung ge-
führt, die dem Konflikt zwischen den beiden Ländern ein
Ende setzt: „Im Hinblick auf das Bestreben der Regierungen
der Union der S. S. R. und der Schweizerischen Eidgenossen-
schaft, den zwischen den beiden Staaten bestehenden Konflikt
beizulegen, der infolge der Ermordung des Herrn Worowski
während der Konferenz in Lausanne und infolge des Attentats
auf die Herren Arens und Dawidowskis entstanden ist, erklärt
der Schweizerische Bundesrat erneut, daß er diese verbrö-
kerischen Handlungen durchaus verurteilt und sehr bedauert. Er werde überdies im Geiste der Verbö-
lichtheit bereit sein, wenn einmal Verhandlungen zwischen den
Regierungen der Union der S. S. R. und der Schweizerischen
Eidgenossenschaft über die Gesamtheit der zwischen den beiden
Ländern noch zu erledigenden Fragen eingeleitet werden, der
Töchter des Herrn Worowski eine materielle
Beihilfe zu gewähren, über deren Art und Weise gleich-
zeitig mit diesen Fragen werde diskutiert werden können.“

Rußland dementiert

London, 19. April. Die zahlreichen Berichte der eng-
lischen Presse über große sowjetrussische Truppensammeln-
ziehungen an der mandchurischen Grenze werden von der
diesigen Sowjetbotschaft amtlich dementiert. In einer Er-
klärung der Botschaft werden alle Berichte über angebliche
Bewegungen sowjetrussischer Truppen nach dem Osten zu
und der Konzentration bewaffneter Streitkräfte an der
mandchurischen Grenze als Erfindung bezeichnet. Die Hal-
tung der Sowjetregierung sei in ihrer Note vom 9. 4. an die
Königliche Regierung klargestellt worden.

In Marokko dauert der Krieg fort

Paris, 19. April. Nach einer im „Matin“ veröffentlichten
Meldung aus Tetuan hat einer der ehemaligen Unterführer
Abdel Krim eine Rundgebung verbreiten lassen, in der er seine
ehemaligen Kämpfer auffordert, sich um ihn zu sammeln, um ge-
gen Spanien und Frankreich weiterzukämpfen.

Eine von mehreren Blättern widergegebene Meldung aus
Kabat berichtet von ersten Mißerfolgen der Spanier in Ma-
rookko. So hätten sich vier Posten bei El Womam zurückziehen
müssen, ein anderer sei von den Aufständischen umzingelt wor-
den. Auch im Gebiet der Senhaja seien verschiedene Posten
eingeschlossen. Zwischen Womam und Targift hätten die Kifileute
eine spanische Kolonne gefangen genommen. Starke spanische
Verstärkungen seien nach Marokko unterwegs.

Schwanz. Und das Wetter ist herrlich. Die Luft ist kühl, klar
und frisch. Die Nacht ist dunkel, aber das ganze Dorf mit seinen
weißen Dächern und dem aus den Schornsteinen aufsteigenden
Rauch, die vom Reif verbliebenen Bäume und Schneehaufen —
alles ist deutlich zu erkennen. Der ganze Himmel ist mit lustig
blitzenden Sternen bedeckt, und die Milchstraße hebt sich so klar
davor ab, als ob man sie vor dem Fest gewaschen und mit Schnee
abgerieben hätte...

Wanka seufzt, taucht die Feder ein und fährt fort zu schrei-
ben:

„Aber gestern wurde ich durchgehauen. Der Meister zog
mich an den Haaren auf den Hof und prügelte mich mit dem
Knieriemen, weil ich beim Wiegen des Kindes unversehens ein-
geschlafen war. Und in der vorigen Woche ließ mich die Meis-
terin einen Hering reinmachen. Und ich fing mit dem Schwanz
an, aber sie nahm den Hering und schlug ihn mir ins Gesicht.
Die Gesellen machen mich zum Narren, schiden mich in die
Schänke nach Brannwein und lassen mich Gurken aus der Speise-
kammer stehlen. Aber der Meister schlägt mich, wohin er trifft.
Und zu freßten gibt's gar nichts. Morgens Brot, mittags Grütze
und abends wieder Brot. Aber Tee und Kaffee trinken Meis-
ter und Meisterin allein. Und schlafen tue ich im Flur, aber
wenn das Kind weint, schlafe ich überhaupt nicht, sondern muß
es immerzu wiegen... Lieber Großvater, habe diese Gnade
und nimm mich von hier fort aufs Dorf. Hier ist gar keine
Möglichkeit... Ich bitte Dich demütig und werde ewig für
Dich zu Gott beten — nimm mich von hier fort, sonst sterbe ich
noch...“

Wanka zieht den Mund schief, trocknet mit seinen schmutzigen
Fäusten die Augen und schluchzt.

„Ich werde Dir Deinen Tabak reiben,“ fährt er in seinem
Brief fort, „für Dich zu Gott beten, und wenn ich irgend etwas
verstehe, dann haue mich meinetwegen windelweich. Aber wenn
Du glaubst, daß das nichts für mich ist, dann bitte ich um Christi
willen: laß mich beim Inspektor Stiefel putzen oder statt Fedla
die Kühe hüten. Lieber Großvater, ich kann nicht länger hier-
bleiben, sonst sterbe ich. Ich wollte zu Fuß ins Dorf laufen,
aber ich habe keine Stiefel und fürchte mich vor dem Frost. Aber
wenn ich groß bin, dann werde ich Dich dafür ernähren und Dich
von niemand beleidigen lassen. Und wenn Du stirbst, werde ich
für die Ruhe Deiner Seele beten, als ob Du mein lieblicher
Vater bist.“

Aber Moskau ist eine große Stadt. Die Häuser sind alle
herrlichlich. Und viele Pferde sind da. Aber Schafe gibt's
keine. Und die Hunde sind auch nicht böse. Mit Sternen gehen
die Kinder hier nicht zu Heiligen drei Könige, und auf dem
Chor erlaubt man keinem zu singen. Einmal sah ich in einem
Laden am Fenster Hälchen; die verkauft man gleich mit der An-
gelschnur und für jeden Fisch. Sehr haltbar. Sogar Haken,
mit denen man Wäsche von einem Pudd haben kann. Und dann
sah ich Läden, wo allerlei Flinten lagen, wie sie der Herr hat;
jede wird sicher 100 Rubel kosten... In den Fleischbuden gibt's
Birchhähne und Hahnhühner und Haken, aber an welchem Ort
sind geschossen, das sagen die Verkäufer nicht.

Lieber Großvater, wenn's beim gnädigen Herrn den Weih-
nachtsbaum und die Geschenke gibt, dann nimm eine goldene

Ruß für mich und verwahre sie im grünen Kasten. Bitte Frau-
lein Olga Ignatiowna, sage: für Wanka...“

Wanka seufzt trampfhaft und blickt wieder nach dem Fen-
ster. Er erinnert sich, wie der Großvater nach dem Weihnachts-
baum für die Herrschaft in den Wald zu gehen pflegte und den
Enkel mitnahm. Das war noch eine lustige Zeit! Manchmal
rauchte der Großvater, bevor er den Tannenbaum abjagte, sein
Pfeifen, nahm langsam eine Prise und lachte über den er-
starrten Wanka... Die jungen, bereiften Tannen stehen un-
beweglich und wahren, wer von ihnen sterben soll. Pflöcklich, ganz
unversehens, läuft pfeilschnell ein Hase über den Schnee, und
der Großvater ruft:

„Salt, halt... halt, du fuchsnäuziger Teufel!“

Die gefällte Tanne kommt ins Herrschaftshaus, und dort be-
ginnt man sie zu puzen. Mehr als alle anderen macht sich da-
bei Fräulein Olga Ignatiowna, Wankas Liebling, zu schaffen.
Als Wankas Mutter, Pelageja, noch lebte und als Stubenmäd-
chen auf dem Gutshof diente, fütterte Olga Ignatiowna den
Kleinen mit Kandisgucker und lehrte ihn aus Langeweile lesen,
schreiben, bis hundert zählen und sogar Quadrille tanzen. Als
Pelageja starb, wurde die Waise zum Großvater in die Leut-
keische geschickt und aus der Leutkeische nach Moskau zum Schuh-
macher Wjachin in die Lehre...

„Komm hierher gefahren, lieber Großvater,“ schreibt Wanka
weiter. „Am Christi willen bitte ich dich: Nimm mich fort von
hier. Habe Mitleid mit der unglücklichen Waise. Hier stoßen
mich alle, und ich möchte schreien gern essen, und ich bin so
traurig, daß ich's gar nicht fassen kann. Ich muß immer weinen.
Und unlängst gab mir der Meister mit dem Leisten eins über den
Kopf, so daß ich hinfiel und kaum wieder zur Besinnung kam.
Verloren ist mein Leben, schlummer als das Leben eines Hun-
des... Und ich grüße noch Aljena, den krummen Jegorka und
den Kwisjok. Aber meine Harmonika gib keinem. Ich ver-
bleibe Dein Enkel Wjan Schukow. Lieber Großvater, komm,
mich holen.“

Wanka faltet das beschriebene Blatt viermal zusammen und
legt es ins Kuvert, das er am Abend vorher für eine Kopeke
gekauft hat... Nachdem er eine Weile nachgedacht hat, taucht
er die Feder ein und schreibt die Adresse:

„An den Großvater im Dorf!“

Dann kratzt er sich den Kopf, denkt wieder nach und fügt
hinzu:

„Konstantin Makaritsch.“

Zufrieden, daß man ihn beim Schreiben nicht gestört hat,
setzt er die Mütze auf und läuft ohne Rod auf die Straße.

Die Verkäufer aus dem Fleischladen, die er am Tage vorher
gefragt hat, haben ihm gesagt, daß man Briefe in den Brief-
kästen werfen muß und daß sie von da über die ganze Erde ver-
schickt werden.

Wanka läuft bis zum ersten Kasten und steckt den wertvollen
Brief in die Spalte.

Von süßen Hoffnungen gewiegt, liegt er eine Stunde später
in tiefem, gesundem Schlaf. Er träumt vom Ofen. Auf dem
Ofen sitzt der Großvater, läßt die nackten Beine herunterhängen
und liest der Köchin den Brief vor. Neben dem Ofen steht Wjun
und wedelt ehrerbietig mit dem Schwanz.

Der französische Parteitag

Paris, 19. April. Am Donnerstag trat in Lyon der 24. Kongress der sozialistischen Partei Frankreichs zusammen, zu dessen Vorsitzenden der Sekretär des Rhône-Verbandes, Bennet, gewählt wurde. Allgemein fiel die Aufmerksamkeit Paul Boncour's und Renaudels auf. Im Verlaufe der gestrigen Nachmittagsverhandlungen erschien auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Breitscheid, der von den französischen Parteigenossen lebhaft begrüßt wurde.

Am 1. Verhandlungstage kamen meist Fragen untergeordneter Bedeutung zur Behandlung. Von größtem Interesse war nur die Kritik, die der Abgeordnete des Seine-Departement, Zornomski, an der Teilnahme der sozialistischen Deputierten an den Verhandlungen des Völkerverbundes übte, da sie mit der Politik der Arbeiterinternationale unvereinbar sei. Den Völkerverbund bezeichnete der Redner als heuchlerisch und das Aktionsfeld der imperialistischen Nationen einschließlich Frankreichs.

Andere Redner wie Grumbach und Brake nahmen die Person Paul Boncour's in Schutz. Eine längere Aussprache entspann sich über das Verhalten verschiedener Landesverbände der sozialistischen Partei bei den Senatswahlen im Januar.

Der zur Zeit in Lyon tagende Kongress der französischen Sozialisten beschäftigte sich in seiner Montag-Vormittags-Sitzung eingehend mit dem Gesetzentwurf über die „Nation in Waffen“, den bekanntlich der Sozialist Paul Boncour in der Kammer befürwortet hat. Die Haltung Paul Boncour's sowie die Stellungnahme der sozialistischen Kammergruppe wurde stark kritisiert und das lebhafteste Bedauern über diese „Mißgriffe“ in einer Entschließung niedergelegt, in der u. a. auch die Einberufung des Nationalrates nach Versailles verlangt wird, der sich mit dem genannten Gesetzentwurf befassen soll.

van Housen nicht genehm?

Kattowik, 19. April. Gegen die Kandidatur des deutschen Mitgliedes bei der Gemischten Kommission van Housen, der als Nachfolger für Landrat Dr. Lufaschke von der deutschen Regierung ernannt wurde, ist von polnischer Seite Einspruch eingelegt worden, mit der Begründung, daß van Housen nicht objektiv sein könnte, weil er zu sehr in persönlichen Beziehungen zu Landrat Dr. Lufaschke stand und außerdem mit den oberösterreichischen Verhältnissen nicht genügend vertraut sei. Die Entscheidung des polnischen Protokolls hängt von der Stellungnahme des Präsidenten Calonder ab.

Genosse Perl gestorben

Warschau, 19. April. Genosse Felix Perl, der Vorsitzende der polnisch-sozialistischen Partei und Chefredakteur des „Robotnik“, ist Freitag seinem Leiden erlegen, das ihn schon seit langen Jahren bedrückte.

Mit dem Genossen Perl verliert der polnische Sozialismus einen seiner eifrigsten begeisterten Vorkämpfer. Im Gegensatz zum österreichischen und auch zum preussischen Teilgebiet Polens mußte die sozialistische Bewegung im damaligen russischen Kongreßpolen illegal arbeiten. Denn das russische Gesetz gab ebenso wie die zarische Verwaltungspraxis machte jedes offene Auftreten der jungen Arbeiterbewegung unmöglich. Möchte es auch hier und da durch impulsive Kundgebungen unorganisierte Massen zu wilden Streiks und Demonstrationen kommen, an geregelte Veranstaltungen von Versammlungen konnten die Sozialisten ebensowenig denken wie an eine geordnete Herausgabe von Zeitungen. Trotzdem erschien überraschend pünktlich als Zentralorgan der polnischen Sozialistischen Partei im russischen Teilgebiet der „Robotnik“, zu deutsch „Der Arbeiter“. Neben anderen Genossen war es insbesondere Perl, der unter unsagbaren Mühsalen, ständig von Entdeckung und darauffolgender Verhaftung nach Sibirien bedroht, das Blatt schrieb und seine Veröffentlichung wie seine Verbreitung leitete. Dabei war Perl ein körperlich schwächlicher Mensch, aus dem jüdischen Proletariat stammend, unterernährt von Jugend an und, wie so viele dieser jungen Ostjuden geistig nahezu überlastet.

So trug er seit vielen Jahren schwere Krankheit mit sich herum, und in den letzten Jahren hatte sein Herz schon mehr als einmal gedroht zu versagen. Unbeugsame Energie hielt Perl an der Arbeit.

Als nach dem Weltkrieg der polnische Staat errichtet wurde, konnte der „Robotnik“ legal erscheinen und genoss als Zentralorgan der Sozialisten außerordentliches Ansehen. Die polnischen Sozialisten ehrten die Verdienste Perls, indem sie ihn zum Vorsitzenden der Parteileitung wählten. Ein nimmermüder Arbeiter für den Sozialismus, ein außerordentlich gewandter Zeitungsschreiber und dabei ein ungemein bescheidener Mensch ist mit ihm dahingegangen.

Stibefestigungen und Rückwirkungen

London, 19. April. Im Zusammenhang mit den Meinungsverschiedenheiten der ausländischen Militärattachees in Berlin in der Frage der Zerstörung der deutschen Stibefestigungen schlägt der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in einer längeren Betrachtung den Ausweg vor, daß den Militärattachees nach den erfolgten Zerstörungen eine ungehinderte Befichtigung gestattet werde. Nach der Auffassung des Korrespondenten liegt keine Notwendigkeit vor, den eigentlichen Zerstörungsvorgang zu überwachen.

In deutschen politischen Kreisen sei eine ständig zunehmende Ungebuld über den vollkommenen Stillstand wahrzunehmen, den die Nach-Locarno-Verhandlungen infolge der Abwendung Großbritanniens und anderer Mächte durch die chinesischen Angelegenheiten erlitten. Der Korrespondent weiß weiter zu berichten, daß der deutsche Botschafter in Paris beauftragt werden soll, die französische Regierung um eine baldige und weitestgehende Verminderung der französischen Besatzungsarmee im Rheinland zu ersuchen und gleichzeitig Briand darauf hinzuweisen, daß Deutschland nicht mehr länger mit der Verchiebung der Räumung einverstanden sein kann.

Österreichs Arbeiterschaft für den Anschluß

Wien, 19. April. Aus Anlaß eines Länderfußballwettkampfes zwischen deutschen und österreichischen Arbeitern hatten heute der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller und der sozialdemokratische österreichische Abgeordnete Deutsch Reden für den Anschluß Österreichs an Deutschland gehalten. Müller sagte u. a., daß es falsch sei, von einem österreichischen Volk zu sprechen, da es nur ein einziges deutsches Volk gäbe, von dem das österreichische ein unzertrennbarer Bestandteil sei. Der Wille der Österreicher, sich an Deutschland anzuschließen, sei ebenso fest, wie der Wille des elsässischen Volkes, bei Frankreich zu bleiben.

Der österreichische Abg. Deutsch sprach besonders von der Gefahr, die Österreich durch das ungarisch-italienische Bündnis drohe.

Die Kämpfe in Kanton

London, 19. April. Während der Osterfeiertage haben Tschangkeißch und seine Generale mit großer Energie gegen die kommunistischen Unruhestifter in Südjina gewandt. General Li, der Kommandeur des Kantoneser Bezirkes zog alle verfügbaren Truppen zusammen und bereits in den frühen Morgenstunden war ein großer Teil der Kommunisten entwaffnet. In mehreren Bezirken hatten sich Kommunisten eingenistet und konnten nur mit Waffengewalt vertrieben werden. Die Berichte über die auf beiden Seiten erlittenen Verluste gehen auseinander. Nach Meldungen aus Hongkong wurden 30 Kommunisten getötet, 70 verletzt und 2 verhaftet. Zum Schutz der auf Schameen lebenden Ausländer waren umfassende Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Die Ruordnung in Kanton ist nunmehr reorganisiert worden.

Nach einem späteren Telegramm aus Hongkong ist die Lage in Hankau und in dem Ausländerviertel Schameen wieder normal.

Das neue jugoslawische Kabinett gebildet

Belgrad, 19. April. Das neue Kabinett ist bereits am Sonntag zusammengestellt worden. Es vereinigt radikale und demokratische Minister. 5 Sitze sind noch unbesetzt. Drei von ihnen sollen den Slowenen angeboten werden. Ministerpräsident Bukicewitsch wird gleichzeitig das Unterrichtsministerium verwalten. Das Außenministerium hat Nazinkowitsch (Dem.) übernommen. Der bisherige Außenminister Peritsch ist Minister ohne Partei. Das Kabinett hat heute den Eid abgelegt.

Kongress der tschechischen Sozialdemokratie

Prag, 19. April. Freitag nahm der Kongress der tschechischen Sozialdemokratie seinen Anfang. Nach dem Bericht hat die Partei heute gegen 115 000 organisierte Mitglieder. Die Gewerkschaftsbewegung der Sozialdemokratie erstreckt sich auf 350 000 Arbeiter, aber nur ein Fünftel davon ist in der Partei organisiert. In der Republik gibt es 6 280 000 Arbeiter. Davon sind nur zehn Prozent politisch organisiert, und nur vier Prozent bekennen sich zur tschechischen Sozialdemokratie. Bei den letzten Wahlen erhielt die Partei 630 000 Stimmen. Auf ein Parteimitglied entfallen also sechs Wähler. Bei den Kommunisten kommen auf ein Parteimitglied neun Wähler, bei den Nationaldemokraten elf. In den letzten drei Jahren hat die Partei der tschechischen Sozialdemokraten einen Zuwachs von etwa 15 000 Mitgliedern erhalten.

Gegen Macdonald

London, 19. April. Die gestrige Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei bestätigte mit 312 gegen 118 Stimmen den Beschluß des nationalen Verwaltungsrates, von einer Wiedereinstellung Macdonalds als Schatzmeister der Partei Abstand zu nehmen.

In der heutigen ersten Sitzung der Jahresversammlung wurde u. a. eine Entschließung eingebracht, in der gegen die von der britischen Regierung getroffenen Maßnahmen in China Protest erhoben wird.

Aufruf der Arbeitergewerkschaft Chinas zum Generalstreik

London, 19. April. Wie aus Schanghai berichtet wird, hat die allgemeine Arbeitergewerkschaft beschlossen, alle ihre Mitglieder in Südjina, deren Zahl sich auf etwa 800 000 belaufen dürfte, als Protest gegen die Entwaffnung von Arbeitern bei den kürzlichen Überfällen auf die Geländeschiffbüros in Schanghai, Nanking und anderen Plätzen zum Generalstreik aufzurufen.

Rücktritt des japanischen Kabinetts

London, 19. April. Wie aus Tokio berichtet wird, ist das japanische Kabinett zurückgetreten, nachdem der Kronrat im Laufe des gestrigen Nachmittags den Plan der Regierung auf Sanierung der Teiwanbank abgelehnt hatte. Die Regierung des Kronrates wurde in Anwesenheit des Kaisers gestiftet. Das Kabinett reichte darauf seinen Rücktritt ein. Die Teiwanbank bleibt für drei Wochen geschlossen.

Emil

Der Roman eines Hochstaplers.
Von Arthur Landsberger.

49)

„Wegen Einbruchs, Herr Kommissar!“

„Davon haben Sie bisher kein Wort gesagt.“

„Ich wollte die Vernehmung nicht stören.“

„Einen Einbruch hat er also auch begangen?“

„Ja!“

„Berichten Sie!“

„Wir haben.“ begann einer der Polizisten, zog sein Dienstbuch aus der Tasche und las daraus vor, „wie ein Mann gegen zwei Uhr die Fassade einer Villa in der Leibnitzstraße emporstieg und durch ein offenes Fenster einstieg. Bald darauf wurde es hell im Zimmer. Es dauerte nicht lange, da wurden die Gardinen vorgezogen, es blieb eine Weile hell, dann erlosch das Licht von neuem.“

„Und Sie sind nicht auf den Gedanken gekommen, dem Mann nachzusehen?“ fragte der ältere Kommissar.

Der Polizist erwiderte:

„Ich war mit dem Rapport beschäftigt.“

„Und Sie?“ fragte er den zweiten Polizisten.

„Ich dachte mir, da er so bequem eingestiegen ist, wird er wohl auf dem Wege wieder heraussteigen. Trotzdem gab ich auch auf die übrigen Fenster und auf die Haustür acht.“

„Inzwischen konnte ja jemand oben umgebracht werden, warf der ältere Kommissar ein, worauf der Polizist erwiderte:

„Das hätten wir auch festgestellt. Jedenfalls dauerte es knapp eine halbe Stunde, da wurde es für Augenblicke wieder hell, und als das Licht erlosch, öffnete sich das Fenster und der Mann stieg wieder heraus. Wir verbargen uns, sahen noch, wie er sich an dem Geländer eines Balkons im Erdgeschoß festhielt und so fort, und folgten ihm unauffällig.“

„Warum haben Sie da noch immer nicht zugegriffen?“ fragte der Kommissar.

„Weil wir feststellen wollten, ob er Helfershelfer hatte.“

„Das war klug von Ihnen.“

„Der Mann rannte wie besessen, als wenn er sich verfolgt glaubte, und stieg dann an der nächsten Ecke in das Café auf, in das wir ihm unauffällig folgten.“

„Das haben Sie ausgezeichnet gemacht.“

„Dann stammten die zwanzig Mark am Ende von dem Einbruch her,“ sagte der ältere Kommissar, worauf der jüngere erwiderte:

„Aber, Herr Kollege, wir wissen ja bereits, daß Sie einem der Mädchen gehörten, das Sie beim Zahlen auch wieder an sich nahm.“ — Dann wandte er sich an den Baron und fragte:

„Was haben Sie auf den lächerlichen Bericht dieses Beamten zu bemerken?“

Der Baron hatte, während der Polizist aus seinem Buch vorlas, unruhig in seinen Taschen herumgesehen und war dabei in immer größere Erregung geraten.

„Antworten Sie!“ fuhr ihn der Kommissar an. „Geben Sie zu, was der Bericht Ihnen vorwirft?“

„Ich habe kein Wort gehört.“

„Sind Sie taub?“

„Nein! Aber ich habe die Karte verloren.“

„Was für eine Karte?“

„Assuntas Perlen.“

„Herr! Hören Sie endlich auf, hier verrückt zu spielen.“

Der Baron stülpte, ohne auf den Kommissar zu achten, sämtliche Taschen um, rief sich Not und Mangel vom Leibe, durchsuchte fieberhaft jedes Stück, das er am Körper hatte, und rief verzweifelt:

„Assuntas Perlen! Sie sind mir gestohlen.“

„Sie sind hier im Polizeipräsidium und nicht bei einer Filmaufnahme.“

„Wir haben festgestellt,“ sagte der Polizist, „daß die Wohnung, in die der Einbrecher einstieg, der Filmaufnahmestelle Assunta Lu gehört.“

„Hören Sie!“ rief der Beamte dem Baron zu, der immer verzweifelter seine Taschen durchsuchte. „Sie sind überflüßig! Ersparen Sie sich die Anstrengung. Geben Sie den Einbruch zu.“

„Natürlich gebe ich ihn zu. Wie sollte ich denn sonst zu den Perlen kommen?“

„Geben Sie endlich so weit?“ — Und zum Schreiber sagte er: „Schreiben Sie: Ich gebe ferner zu, in die Wohnung der Filmaufnahmestelle Assunta Lu gewalttätig eingebrochen zu sein, um sie...“ — Er wandte sich wieder an den Baron: „Zu welchem Zweck? Zu einem Liebesrendezvous steigt man ja für gewöhnlich nicht durchs Fenster. Geben Sie also ruhig zu, daß Sie sie berauben wollten.“

„Natürlich! — Ihr Kollier sollte ich rauben.“

„Wollte — meinen Sie!“

„Sie behaupten also, im Auftrage anderer gehandelt zu haben?“

„Selbstverständlich. — Wie käme ich sonst dazu, einer Diva, die ich gar nicht kenne, ein Kollier zu rauben, für das ich gar keine Verwendung habe.“

„Nun fehlt nur noch, daß Sie uns erzählen, Sie sind Millionär — Baron sind Sie ja schon.“

„Ich besitze keinerlei Vermögen.“

„Und da wollen Sie uns weismachen, Sie wüßten nicht, was Sie mit dem Kollier hätten anfangen sollen?“

„Sie glauben doch nicht etwa, daß ich es verkaufen wollte?“ rief er erregt. „Es kann nur eins von den Mädchen haben.“

„Ich beschwöre Sie, Herr Rat aber was Sie sonst sind, lassen Sie die Mädchen festnehmen. Ich komme sonst in den gerichtlichen Verdacht! Meine ganze Karriere ist hin, wenn ich das Kollier nicht wiederbeschaffe.“

„Alte Fagen!“ erwiderte der Beamte. „Daß ihr Gannoven auch nie etwas Neues bringt. Das Kollier haben Sie im Augenblick Ihrer Verhaftung natürlich einem Ihrer Mädchen zugeworfen.“ — und zu den Polizisten gewandt, fuhr er fort:

„Sie hätten auch besser Obacht geben können.“

„Jede Minute ist lösbar!“ drängte der Baron. „So ein Mädchen versteht ja gar nichts von dem Wert eines solchen Kolliers. Die verschleudert es an den ersten besten. Und wenn sie die Steine herausbrechen, besteht überhaupt keine Möglichkeit mehr, es wiederzubeschaffen.“

„Wenn Sie glauben, daß wir uns von Ihnen blaffen lassen,“ sagte der jüngere Beamte, „irren Sie sich. So früh wie Sie stehen wir noch lange auf. Wenn Sie uns auf die Mädchen hegen, so geht für uns nur daraus hervor, daß eins von den Mädchen das Kollier hat.“

„Ich hatte es noch, als ich ins Café kam. Und da ich es von da bis hier nicht verloren haben kann, so muß es...“

„Schweigen Sie!“ kommandierte der Beamte und fuhr fort zu bittieren: „gewalttätig eingebrochen zu sein, um sie zu berauben. Ich stahl ihr ein Kollier...“ (Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Aus der schlesischen Kultusabteilung

Der „Wydział Oświecenia Publicznego“ der schlesischen Wojewodschaft ist uns allen seitdem bekannt. Wahrscheinlich mit Ausnahme der „Polonia“ und „Nahang“ hatte zu ihm niemand Vertrauen gehabt. Die deutsche Minderheit hat ihre eigene Meinung über die Praktiken dieses Wydział, der im vorigen Jahre 9000 Anträge auf die deutsche Minderheitsschule ohne jede Begründung abgewiesen hat und die Antragsteller mit Strafen belegte. Alles was in Schlesien freigeistlich gesinnt ist, hatte nicht selten die Hand zu einer Faust gegen die hierarchischen Anordnungen dieses Wydział. Um sich aus den hierarchischen Schlingen dieses Wydział irgendwie befreien zu können, verlangte die freigeistlich gesinnte Lehrerschaft die Inspektion der schlesischen Schule mit Polen. Der geistliche Herr ist in der Schule der allmächtige Herr, der allein über die Gefinnung des Kindes des Arbeiters zu bestimmen hat, ohne sich um den Willen der Eltern zu kümmern.

Seit einigen Wochen ist dort ein neuer Leiter, Arhänger des heutigen Staatsregimes, eingeführt worden. Was er dort schaffen wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Grundsätzliche Änderungen sind kaum zu merken. Es hat aber den Anschein, daß ihm die Wirtschaft seines Vorgängers Stach und Dobryja nicht gefällt, was aus dem Artikel: „Die Reorganisation des Wydział Oświecenia Publicznego“ in der „Polsta Zachodnia“ in ihrer Osterausgabe deutlich hervorgeht. Unter anderem ist dort folgendes zu lesen: „Die Regierungsmethoden der bisherigen schlesischen Wojewoden und des Leiters der Kultusabteilung, Herrn Stach — bilden kein leichtes Moment in der Schulfrage der schlesischen Wojewodschaft. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die Herren Sejmowski aus einer privilegierten politischen Richtung (gemeint ist die Korwintpartei. Die Red.) in der Kultusabteilung machten, was sie wollten und die Beamten des Wydział wurden in dieser Zeit mit Recht als polierte Figuren betrachtet. Ein etwas Gefährlicher meinte einmal, daß der geistliche Herr Brzuska (Sejmowski) abgeordneter von der Ch. D. Die Red.) diesen Wydział derart in sein Netz schloß, daß er dort jeden Tag zubrachte, in den Akten herumwühlte und den Beamten ein ruhiges und objektives Arbeiten unmöglich machte.“

Weiter sagt die „Polsta Zachodnia“, daß die Ch. D. Lehrer immer bevorzugt wurden; erhielten bessere Stellen, Subventionen und Remunerationen, während die freigeistlich gesinnten Lehrer Monate lang auf die Erledigung ihrer Gesuche vergebens gewartet haben. Die „Polsta Zachodnia“ sagt noch, daß aus Staatsmitteln die Ch. D. Lehrer Vergünstigungen veranlaßten und zu diesen die Herren aus dem Wydział eingeladen haben, die über die Zuwendungen zu entscheiden hatten. Ueber die innere Verwaltung im Wydział lesen wir folgendes: „Bekanntlich bestehen im „Wydział Oświecenia Publicznego“ zwei unabhängige Abteilungen, ein Staat im Staate, die ihre Nazelnits haben. Von dem persönlichen Einvernehmen dieser beiden Nazelnits hing das Wohl und Wehe der ober-schlesischen Schule und der Lehrerschaft ab. Der eine Nazelnit etablierte sich im 1. Stock, der andere im Parterre. Die Akten wurden auf dem Amtsweg von unten nach oben und umgekehrt geschickt. Nicht selten gingen die Akten von einem Schreibtisch zum anderen auf dem Amtsweg und die Nazelnits hatten viel Arbeit, weil sie diese Akten jedes Mal unterschreiben mußten.“

Da haben wir also die politische Amtshandlung! Ein Beamter reicht die Akten seinem Kollegen, der in demselben Zimmer sitzt, nicht zur Erledigung, sondern schreibt einen Brief, diktiert ihn dann in einem anderen Zimmer in die Schreibmaschine, schickt dann zur Unterschrift, dann geht das Schreiben in die Registratur, von dort aus zum Kolon, der das Schreiben in die zweite Registratur reicht, von dort aus geht das Schreiben zum Bürochef, der das Schreiben dem Beamten in jenem Zimmer zur Erledigung zuweist, aus dem es vor 10 Tagen herausging. Höher kann es nicht mehr getrieben werden. Und der schlesische Sejm erhöht jedes Jahr die Verwaltungsausgaben für diese Zwecke und legt immer neue Steuern auf das arme geplagte schlesische Volk. Wenn die schlesischen Arbeiter einen kurzen Blick hinter die Kulissen der polnischen Verwaltungskunst tun könnten, würden sie gleich die Ursache ihrer schweren Lage erkennen.

Eine neue Spionageaffäre.

Wie die polnische Presse zu berichten weiß, hat die Rattowitzer Polizei unter der Leitung des Polizeikommissars am ersten Oftertag 4 Personen verhaftet, darunter 3 Deutsche und ein Pole, die stark verdächtigt wurden, Spionage zu Gunsten einiger deutschen Stellen getrieben zu haben.

Bei den Verhafteten wurden angeblich sehr wichtige geheime Dokumente vorgefunden, die für 30 000 Mark an die betreffenden deutschen Stellen ausgeliefert werden sollten. Die Polizei soll den in Frage kommenden Leuten schon seit längerer Zeit auf der Spur gewesen sein, zur Verhaftung schritt man aber erst, nach dem es einwandfrei festgestellt hatte, daß sie verschiedentlich sich an Zoll- sowie Militärpersonen wegen Mitarbeit gewandt hatten.

Eine Bluttat in Sosnowitz.

Am Sonnabend wurde Sosnowitz wieder durch eine Mordtat alarmiert. Etwa gegen 9 Uhr abends befanden sich auf der ul. Długa der 31-jährige Roman Jurnalskyj und der ebenfalls 31-jährige Wladyslaw Kaminski, ersterer von der ul. 3-go Maja, letzterer von der Rudna. Auf der ul. Długa, an einem Hause einer gewissen Szeparnakowa ging es hoch zu. Man feierte dort vorzeitig sehr stark mit Alkohol und vergnügte sich nebenbei am Tanz. Unter den anwesenden Gästen befanden sich die Handwerker Wladyslaw Bawiel, Konstantin Madejski und Józef Szewczyk.

Vor dem Hause erging sich die Verlobte des Bawiel, um frische Luft zu schöpfen, mit dessen Schwester. Als Jurnalskyj sowie Kaminski am Hause vorbeigingen, sollten sie den beiden Frauen eine häßliche, beleidigende Äußerung zugerufen haben. Die Schwester Bawiel ließ darauf sofort ins Haus den Vorfall zu erzählen. Darauf hin stürzten sich Bawiel, Madejski sowie Szewczyk auf die Straße und liefen den beiden nach. Mit Stöcken bearbeiteten sie zunächst Kaminski und verfeierten ihm dann mehrere Messerstiche in die Rückengegend. Als es ihm gelang, sich durch die Flucht zu retten, fielen alle drei über Jurnalskyj her. Bawiel, der plötzlich ein riesiges Messer zur Hand hatte, stieß es dem Jurnalskyj in den Hals mit voller Wucht.

J. wandte sich jetzt zur Flucht, brach aber nach einigen Schritten zusammen, um in kurzer Zeit zu verbluten. Als Leiche wurde er nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Auf das Bekanntwerden dieser Mordtat wurde in dem Hause auf der Długa das Fest abgebrochen, während die Täter bereits geflüchtet waren. Bawiel fand ein Versteck bei seiner Braut, wo ihn die Polizei bald ermittelte. Anfanglich leugnete er die Tat, gab aber, ins Kreuzverhör gezogen, die Tat zu sowie seine Komplizen an, die gleichfalls verhaftet wurden.

Zollfragen.

In einer Reihe von Fällen ist bei der Einfuhr von Maschinen, für die eine 80 prozentige Zollermäßigung in Frage kommt, die Rückerstattung des Zolles beantragt, jedoch vom Ministerium abgelehnt worden und zwar aus dem Grunde, weil die Identität der Maschinen und Apparate bei der Verzollung nicht bestätigt worden ist. Als unbedingt notwendig erweist es sich daher, darauf zu achten, daß sämtliche Sendungen von Maschinen und Apparaten mit den entsprechenden Zeichnungen versehen werden und eine Bestätigung der Uebereinstimmung dieser Zeichnungen mit den verzollten Maschinen in jedem Falle durch die Zollämter erfolgt, ohne Rücksicht darauf, ob die Zollermäßigung bereits beantragt worden ist oder nicht.

Der Handelsminister will revidieren.

Das Handelsministerium hat vom polnischen Eisen Syndikat, in dem hauptsächlich die polnisch-oberschlesischen Eisenhütten zusammengefaßt sind, eine Begründung für die namhafte Steigerung der Eisenpreise verlangt und darauf hingewiesen, daß die Preissteigerung sich sehr schädlich auf den Baumarkt auswirken würde. Falls das Syndikat keine ausreichende Begründung für die Preissteigerung beibringen kann, behält sich das Ministerium vor, eine Revision der Eisenbahntarife, Reduzierung der Einfuhrzölle und Zurückziehung der Steuererleichterungen vorzunehmen. Das Syndikat hat an das Ministerium ein ausführliches Memorial überreicht, in welchem die Preissteigerung begründet wurde.

Kattowitz und Umgebung

Spielplan des Deutschen Theaters, Kattowitz.

Dienstag, 19. April, abends 8 Uhr, „Stöpsel“, Schwan in 3 Akten von Arnold und Bach. Abonnement A. Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr, Gastspiel von Kammerlänger Leo Slezak — „Dithello“, Oper in 4 Akten von Verdi.

Sonntag, den 24. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, Gastspiel des Bielefelder Operettenspiels, „Die drei Mimen“, Operette in 3 Akten von Dr. Ralph Benatzky.

Sonntag, den 24. April, abends — 8 Uhr, Gastspiel des Bielefelder Operettenspiels, „Die Zirkusprinzessin“, Operette von Kalman.

Montag, den 25. April, abends 8 Uhr, „Geopantzer“, Tragödie von Henrik Ibsen. Abonnement B.

Montag, den 25. April, abends 10 Uhr, Tanzgastspiel Martha Welsen. Am Flügel: Kapellmeister Simon.

Freitag, den 29. April, abends — 8 Uhr, „Monna Lisa“, Oper von Max von Schillings — Benefiz- und Abschiedsvorstellung für das Ensemble der Vereinigten Bühnen.

Deutsches Theater, Kattowitz.

Auf die am heutigen Dienstag, den 19. April, abends 8 Uhr, stattfindende Aufführung des Schwan, „Stöpsel“, von Franz Arnold und Ernst Bach, sei nochmals hingewiesen. Diese Aufführung findet als letzte Veranstaltung im Schauspielabonnement A statt. In den Hauptrollen wirken die Damen: Christa, de Bries, Trautgold, Wid, sowie die Herren: Lange, Hünze, Rühl, Mohnd und Luderer. Für die Spielleitung zeichnet Herr Beck. Karten sind an der Abendkasse, die von 8 Uhr ab am Hauptportal geöffnet ist, noch zu haben.

Gastspiel Leo Slezak. Es ist der Deutschen Theatergemeinde gelungen, den berühmten Tenor der Wiener Staatsoper, Kammerlänger Leo Slezak, für ein einziges Gastspiel nach Kattowitz zu verpflichten. Kammerlänger Slezak singt am Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr, im hiesigen Stadttheater die Partie des „Dithello“ in Verdis gleichnamiger Oper. Karten im Vorverkauf sind an der Theaterkasse, Rathausstraße, Telefon 1647, zu haben.

Wichtig für Sozialrentner. Zwecks Registrierung haben sich bis zum 30. April d. J. beim städtischen Wohlfahrtsamt sämtliche im Bereich der Stadt Kattowitz wohnhaften Sozialrentner polnischer Staatsangehörigkeit zu melden, welche: 1. eine Invaliden-, Unfallrente oder Knappschaftspension seitens der betreffenden deutschen Versicherungsanstalten beziehen, sowie auch 2. solche, die keine dieser obengenannten Renten beziehen, obwohl ihnen solche zuerkannt worden sind, und welche ihre Arbeit in den Gruben- und Hüttenwerken im deutschen Teil Oberschlesiens infolge Reduktion eingebüßt haben und demzufolge als Arbeitslose um Erteilung einer Unterstützung auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1926 über Beihilfen für Personen, welchen die deutschen Anstalten die Renten aus Sozialfürsorgeansprüchen einbehalten haben, bei den zuständigen polnischen Behörden nachsuchen. Bei der Anmeldung sind vorzulegen: 1. ein Ausweis über die polnische Staatsangehörigkeit, 2. der Rentenbescheid der deutschen Versicherungsanstalt, 3. die Arbeitslosenbescheinigung, aus welcher unter anderem der Name, Ort und Unternehmens sowie das Arbeitsverhältnis und die Zeitdauer desselben hervorgeht, und 4. den Bescheid über die Ablehnung der Rentenanspruchnahme durch die deutschen Behörden.

Weitere Arbeitslosenleistungen. Die Zahl der zur Entlassung gekommenen Arbeiter erhöht sich in der letzten Zeit von Woche zu Woche erheblich. In der Berichtswache vom 8. bis zum 13. d. Mts. wurden allein im Landkreis Kattowitz 599 Personen, welche bei dem Bezirksarbeitsnachweisamt in Kattowitz als Arbeitslos registriert wurden, gemeldet. Zur Entlassung gelangten: Auf Hufengrube 136, Hugengrube 101, Magrube 115, Richterstraße 48, kleineren Grubenanlagen 59 und in den anderen Betrieben 140 Arbeiter. Eine vorübergehende Beschäftigung ist 149 Beschäftigungslosen zugeteilt worden. Ueberdies wurden weitere 388 Erwerbslose aus der Statistik gestrichen, welche vermuthlich einer Nebenbeschäftigung nachgehen dürften, da sie seit längerer Zeit ihrer Kontrollpflicht nicht genügt haben. Nach Berücksichtigung der Zu- und Abgänge beträgt die Erwerbslosenziffer insgesamt 15 176 Arbeitslose. Es entfallen auf die Gemeinde Siemianowicz 3093, Neubors 1551, Bielechowitz 1064, Myslowitz 894, Chorzow 955, Rosdwin 823, Schoppin 867, Janow 918, Hohenlohehütte 499 und die kleineren Gemeinden 4507 Erwerbslose. Eine Unterzählung bezogen insgesamt 7796 Beschäftigungslose.

Freier Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom ersten zum zweiten Oftertag drangen Diebe in die Konditorei „Koral“ in Kattowitz ul. 3-go Maja (Grundmannstraße) ein. Dieselben durchstöberten sämtliche Schubladen und Regale nach Geld. Eine

Börsennotiz vom 19. 4. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . . 1 Dollar	(amtlich) = 8.95 1/2 zł
	(frei) = 8.96 zł
Berlin . . . 100 zł	= 47.— Rmt.
Kattowitz . . . 100 Rmt.	= 212.85 zł
	1 Dollar = 8.95 1/2 zł
	100 zł = 47.— Rmt.

Kassette wurde mittels Einbrecherwerkzeug aufgebrochen, doch fanden die Diebe nur Schlüssel vor. Aus einem Regal wurden etwa 500 Stück Zigaretten sowie aus dem Inneren eines Verkaufsstisches eine Halsbandkette gestohlen. Die Spitzbuben konnten bisher nicht ermittelt werden.

Hohenlohehütte. (Kommunales.) In der vorigen Woche traten die neugewählten Mitglieder der Armenkommission zusammen, um die Verteilung von 1. Zl. für die Einkommensmindernden bewilligten 3000 Zloty vorzunehmen. Es wurden als Bedürftige circa 165 Kinder angenommen, doch haben sich beim Gemeindevorstand 88 als bedürftig gemeldet und wurden dieselben mit Hundenden von 10—40 Zloty bedacht. Davon wurden 6 Anträge, bei denen sich eine wirkliche Bedürftigkeit nicht unbedingt feststellen ließ, abgelehnt.

Königshütte und Umgebung

Von der Königshütte.

Im allgemeinen ist die Arbeitslage in der Königshütte zur Zeit eine zufriedenstellende. Fast alle Betriebe arbeiten mit voller Belegschaft und ohne Einlegung von Zeiterisiken. Nachdem auch ein vierter Hochofen in Betrieb gesetzt wurde, ist die Rohisenversorgung eine bessere geworden. Gleichzeitig wird durch die Inbetriebsetzung die Möglichkeit gegeben, Vorzüge zu stapeln, um nach Aufhören der Verpflichtung der Schrottversorgung durch Deutschland nach dem 15. Juni d. J. nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. — Nach der Reduzierung von 200 Arbeitern in der Waggonfabrik, arbeiten alle Betriebe der Werkstättenverwaltung gleichfalls ohne Einschränkung. Besonders gut sind die Abteilungen Brückenbau und Maschinenfabrik mit Aufträgen versorgt. Als neuer Betriebszweig ist eine Senf- und Pfefferfabrik an die Räderfabrik angegliedert worden. Das erste Probeheften der Senfen hat bereits begonnen und in den nächsten Monaten sollen Fertigfabrikate geliefert werden können. Als Absatzgebiete hofft man außer dem Inlande, die Balkanländer zu erobern. Im übrigen werden weitere Umstellungen in den Betrieben geplant.

Postdirektor Trocha wieder auf freiem Fuhr. Am Sonnabend nachmittag wurde Postdirektor Trocha aus der Untersuchungshaft wieder entlassen, da es sich ergeben hatte, daß die gegen ihn im Zusammenhang mit der Millionendefraudation erhobenen Vorwürfe nicht den Tatsachen entsprechen.

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleitw. Welle 250 Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Ober- und Tagesnachrichten.

5: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend).

6.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus.

10: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

12.20—12.55: Konzert für Vereine und für die Industrie.

12.55: Neuerer Zeitzeichen.

1.20—2.40: Mittagskonzert auf Schallplatten.

1.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten.

3.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten.

Dienstag, den 19. April 1927. 3.45: Kinderstunde: Märchentante (Traude Wessels). — 4.30—6: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. — 6: Wkt. Literatur: Dr. Wolfriedrich Rasch: „Die deutschen Malerblätter“. — 6.50—7.20: Hans Bredow-Schule: Wkt. Psychologie: „Seele und Seelenleben“. — 7.20—7.50: Für den Sendebereich Breslau: Wkt. Heimatkunde. Für den Sendebereich Gleitw.: Wkt. für Vorträge des Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart. — 8: Lieber und Quette. — 9: Für den Sendebereich Breslau: Wkt. Abend des schlesischen Landesorchesters. — 9: Für den Sendebereich Gleitw.: Konzert. — 10.15: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens, e. B. — 10.30: Dr. Waldeemar Penkert: „Zur Eröffnung der neuen Fluglinie Gleitw.—Wien.“

Mittwoch, den 20. April 1927. 12: Mittagskonzert der Funkkapelle. — 4.30—6: Seitene Potpourris, gespielt von der Funkkapelle. — 6: Aus Büchern der Zeit. — 7—7.30: Wkt. Naturwissenschaft. — 7.35—8.05: Wkt. Rechtswissenschaft. — 8.15: „Der Dummkopf“. — 10.30: „Auführungen des Breslauer Schauspielers“. Vortrag von Carl Behr.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

Zalenge. Am Mittwoch, den 20. April, abends 7 Uhr, findet bei Golczyk ein Vortragsabend statt. Gewerkschaftssekretär Sowa spricht über die Lebensmöglichkeiten auf den Planeten. Abschließend ein Lichtbildervortrag, betitelt: „Der Kampf um den Nordpol“. Mitgliedskarten sind unbedingt beim Eintritt vorzuzeigen.

Veranstaltungskalender

Kattowitzer Ortsausch. Dienstag, den 19. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Zentral-Hotel, Kartell-Sitzung. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Königshütte. Schwimmverein. Dienstag, den 19. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, hält der neugegründete Schwimmverein eine Sitzung im Restaurant Korombia, Ginnajalna Nr. 35 (früher Tempelstraße) ab. Gönner, die diesem Sport huldigen, werden höflich eingeladen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Stefan Sowa, wohnhaft in Swietochlowice; Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. oap., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kosciuszki 29.